

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Gekoppelte Infrastrukturen sind nicht nur eine technische Herausforderung
- 11** **Forschung & Publikationen**
Städtebaurechtsnovelle 2016/2017 im Planspieltest
- 28** **Neue Projekte**
Neuer Bundeswettbewerb: Zusammenleben Hand in Hand
- 31** **Veranstaltungen**
Inklusion in Schulen – vom Konzept zur Investition

Editorial

Standpunkt

- 4 Gekoppelte Infrastrukturen sind nicht nur eine technische Herausforderung

Forschung & Publikationen

- 6 Wasserinfrastruktur der Zukunft: Den Wandel vorausschauend gestalten
- 8 Neuartige Wasserinfrastrukturen in die Praxis bringen
- 10 Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt
- 11 Städtebaurechtsnovelle 2016/2017 im Planspieltest
- 12 Online-Handel: Auswirkungen auf Innenstadt, Stadtteil- und Ortszentrum
- 14 KfW-Kommunalpanel: Investitionen der Kommunen moderat gestiegen
- 15 Das 3x3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten
- 16 Sichere Quartiere durch gute Zusammenarbeit aller Akteure
- 22 Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen: Tipps für Kommunen und Privatleute
- 23 Kommunen präsentieren vorbildliche Beispiele für erneuerbare Wärme
- 24 Interkommunale Kooperation: Wann profitieren Kommunen und Klima?
- 25 Kommunaler Klimaschutz: Breitenwirkung ist für den Erfolg wichtig
- 27 Pedelecs: Praxisleitfaden unterstützt Kommunen, Wirtschaft und Private

Neue Projekte

- 28 Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“
- 28 Neue Servicestelle unterstützt Kommunen bei Ressourceneffizienz

Veranstaltungen

- 29 Veranstaltungsvorschau
- 30 Vielfalt leben: Innenstädte sind wichtige Begegnungsorte
- 31 Inklusion in Schulen: Vom Konzept zur Investition

Nachrichten & Service

- 17 Neue Veröffentlichungen
- 19 Difu-Service für Zuwander: Vielfältige Angebote für Kommunen
- 20 Impressum
- 26 Was ist eigentlich ... Transformation?
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Mediennachlese

Editorial



Fotos: David Ausserhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Heul' doch!“ – wanna cry – bekamen die von der jüngsten Trojaner-Attacke Betroffenen zu lesen, zusammen mit der Aufforderung Lösegeld zu zahlen, um wieder Zugang zu den eigenen Daten zu erhalten. Betroffen waren dadurch auch hochsensible Infrastrukturen, wie Krankenhäuser in Großbritannien oder der Bahnverkehr in Deutschland. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe empfahl kürzlich der Bevölkerung in Deutschland, auf einen möglichen Krisenfall vorbereitet zu sein, sollte beispielsweise die Strom- oder Wasserversorgung ausfallen. In solchen Fällen solle man zwei Wochen lang autark leben können. Für eine vierköpfige Familie bedeutet dies, eine große Menge haltbarer Lebensmittel und rund 100 Liter Trinkwasser in der Wohnung zu lagern.

Allein diese Beispiele verdeutlichen, wie (überlebens)wichtig verlässliche, resiliente Infrastrukturen sind. Und dabei geht es nicht nur um den Erhalt und die Erneuerung. Mit Blick auf die demografische Entwicklung, den Klimawandel und die Digitalisierung nahezu sämtlicher Lebensbereiche sind die Kommunen gefordert, zugleich den laufenden Prozess einer urbanen Transformation zu meistern.

Mit dieser zukunftsorientierten Thematik beschäftigen sich gleich mehrere Beiträge im neuen Berichte-Heft: Die Wasserinfrastruktur bildet dabei einen Schwerpunkt, aber auch andere Beiträge berühren die kommunale Infrastruktur: Online-Handel, Mobilität, die Städtebaurechtsnovelle, klimagerechtes Bauen und nicht zuletzt das neue KfW-Kommunalpanel sind weitere Themen.

Es würde uns freuen, wenn Sie von den Beiträgen und vertiefenden Infos auf unserer Website profitieren. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Es grüßen herzlich

Professor Martin zur Nedden
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Gekoppelte Infrastrukturen sind nicht nur eine technische Herausforderung

Infrastrukturkopplungen gibt es seit langem. Neu ist die durch Informations- und Kommunikationstechnologien, Energiewende und Klimawandel ausgelöste Dynamik des engeren Zusammenwachsens von Infrastrukturen, die sich im städtischen Raum auswirkt.

Wenn über die weitere Entwicklung technischer Infrastrukturen gesprochen wird, so ist neuerdings oft von gekoppelten Systemen oder Sektorkopplung die Rede. Doch was bedeutet eigentlich „Kopplung“ und was hat dies mit Stadtentwicklung zu tun? Von einer Kopplung von Infrastrukturen kann gesprochen werden, wenn mindestens zwei Infrastrukturen in Abhängigkeit zueinander bestehen bzw. miteinander interagieren. Eine solche Kopplung kann einseitig sein, also wenn eine Infrastruktur von der anderen abhängig ist, oder gegenseitig, wenn beide Infrastrukturen wechselseitig voneinander abhängig sind.

Infrastrukturkopplungen können unterschiedlich tief ausgeprägt sein. Zunächst geht es um die Verbindung zwischen verschiedenen Infrastruktursektoren wie etwa Energie, Verkehr, Abfall, Siedlungswasserwirtschaft oder dem Informations- und Kommunikationssektor. Im Weiteren geht es aber um Kopplungen von Teilsektoren, beispielsweise Strom und Wärme im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplung, oder – noch spezifischer – innerhalb eines Teilsektors, etwa von Anlagen der Stromerzeugung und Anlagen der Stromspeicherung. Auch Teilsektoren verschiedener Infrastrukturen können miteinander gekoppelt sein, etwa bei direktelektrischen Antrieben oder wenn Stromüberschüsse aus Erneuerbare-Energien-Anlagen gewandelt und damit unterschiedliche Nutzungen ermöglicht werden. Beim letzteren Beispiel ist oft von Power-to-X (Power-to-Heat, Power-to-Gas, Power-to-Liquid usw.) die Rede. Bei diesen Verbindungen handelt es sich um technisch-funktionale Kopplungen im Sinne der Abhängigkeit einer Infrastruktur vom Energie- und Materialfluss einer anderen Infrastruktur. Solche Kopplungen stehen in einem zeitlichen wie räumlichen Zusammenhang. Vor allem aber ist es die Digitalisierung, die zu einem verstärkten Kommunikations- und Informationsfluss zwischen Infrastrukturen und damit vielfältig neuen, letztlich auch organisatorischen Zusammenschlüssen führt.

Kopplungen zwischen Infrastruktursektoren gibt es seit Langem. Im Zentrum steht dabei der Energiesektor, von dem andere stadttechnische Systeme abhängig sind. Keine S-Bahn oder Straßenbahn, keine Wasserversorgung oder Abwasserbehandlung ohne die dafür notwendige

Stromversorgung. Auch Kopplungen zwischen Teilsektoren innerhalb eines Sektors sind lange bekannt, beispielsweise die Kopplung zwischen Stromerzeugung und Stromverteilung. Neu sind die rasant steigende Abhängigkeit von Strom und Information sowie die zunehmend wechselseitige Abhängigkeit sowohl zwischen Sektoren, Teilsektoren und sektorübergreifenden Teilsektoren. In diesem Zusammenhang wird heute von Sektorkopplung (oder auch Sektorenkopplung) gesprochen und der Begriff meist auf die Bereiche Elektrizität, Wärme/Kälte und Verkehr (vor allem Elektrofahrzeuge) bezogen.

Die Gründe für die zunehmende Bedeutung von infrastrukturellen Kopplungen liegen einerseits in den Grunddienstleistungen, die Infrastrukturen für die Allgemeinheit erbringen sollen. Strom, Wärme, Daten usw. sollen universell, kontinuierlich und an jedem Ort zur Verfügung stehen. Damit diese Versorgungssicherheit auch in Zukunft gewährleistet ist, müssen Systeme so aufgebaut sein, dass eine Unterbrechung der Leistungsbereitstellung nahezu ausgeschlossen ist. Dies wird gewährleistet, indem Erzeugungsanlagen redundant, also mit ausreichender Reservekapazität geplant, mit anderen Anlagen vernetzt und mit ausreichend Speicherkapazität verbunden werden. Kopplung sorgt also gleichermaßen für stabile Versorgung auch dann, wenn einzelne erneuerbare Energien (etwa Wind- oder Solarenergie) aufgrund unterschiedlicher Witterungsbedingungen nicht ständig zur Verfügung stehen. Sie sorgt zugleich aber auch für eine umfassende Integration von erneuerbaren Energien und Synergieeffekte zwischen Sektoren.

Sektorübergreifende Kopplungen gewinnen andererseits aber auch in anderen Zusammenhängen an Relevanz. So sind Klimaanpassungsmaßnahmen zunehmend ein Auslöser für neuartige Kopplungen, etwa wenn es darum geht, bei Starkregen eine nur gedrosselte Ableitung über die Kanalisation sicherzustellen und Regenwasser auf öffentlichen Grünflächen zu speichern und zu versickern.

Intelligente („smarte“) Technologien ermöglichen neue Verknüpfungspunkte und helfen, Infrastrukturen ganz anders zu steuern. So bedarf es heute viel weniger als in der Vergangenheit einer Energieversorgung mit sehr großen Reservekapazitäten



Foto: David Ausserhofer



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



auf der Angebotsseite. Stattdessen kann sowohl die Einspeisung und Speicherung von Energie als auch der Verbrauch bedarfsgerecht über intelligente Netze („Smart Grid“) geregelt werden. Auf diese Weise kann auch die Widerstandsfähigkeit von Infrastrukturen erhöht werden, da die Versorgung nicht von einer einzigen Versorgungsanlage oder einem einzelnen Versorgungssystem abhängig ist. Die Kopplung und damit die Kombination verschiedener Teilsysteme gewährleistet, dass auf Ausfälle besser reagiert werden kann.

Infrastrukturkopplungen führen aber auch zu Anpassungen der infrastrukturellen Mengengerüste. Der großräumigen Übertragung etwa von Strom auf Hochspannungsebene stehen Tendenzen einer kleinräumigen „zellulären“ Versorgungsphilosophie gegenüber, bei der abhängig von lokalen Gegebenheiten quasi autonome Versorgungsstrukturen geschaffen werden. Das heißt, an die Stelle großer gekoppelter Verbünde treten kleinräumige Verknüpfungen in lokalen Netzen („Micro Smart Grid“) auf der Ebene von Ortsteilen, Quartieren oder gar Gebäuden. Lernende Algorithmen sorgen dabei für die notwendige Stabilität des dezentralen Systems. Damit ist eine größere Vielfalt an möglichen Kopplungen verbunden, was Fragen sowohl in Hinblick auf die geeignete Maßstabsebene von Kopplungen als auch in Hinblick auf eine flächendeckende Versorgungssicherheit aufwirft.

Die neuen und vielfältig engeren Kopplungen stellen eine Herausforderung für die Stadt- und Infrastrukturentwicklung dar, egal ob für die Nutzung von Energie- und Abwärme aus Abwasser und Abfall, den Umstieg von einer fossilen auf eine

regenerative Wärmeversorgung oder die Integration von Fahrzeugspeichern in die intelligente Stromnetzsteuerung. All diese Kopplungen finden in Städten und oft auch im öffentlichen Raum statt. Die Auseinandersetzung um Ladestationen für Elektroautos zeigte in den letzten Jahren, dass erhebliche Zielkonflikte zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessen auftreten können. Politische und planerische Ziele sind daher notwendig, um stadträumlich und infrastrukturell passfähige Abwägungen vornehmen zu können. Die spezifischen Kopplungen lassen sich nicht pauschal beurteilen. Kriterien sind solche der Energie-, Ressourcen- und Flächeneffizienz, der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und der sozialen Akzeptanz. In der Debatte um „kritische“ Infrastrukturen sind zudem mögliche Risiken im Sinne eines kaskadenförmigen Ausfalls von Teilsystemen infolge von Extremereignissen zu berücksichtigen.

Die enger werdenden Kopplungen zwischen den Infrastrukturen haben aber auch Einfluss auf sektorale Zuschnitte der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Stadtwerke als Stromversorger haben daher begonnen, ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen und neue Dienstleistungsangebote zu entwickeln. Doch auch die anderen Sektoren sind betroffen: Kein kommunales Verkehrsunternehmen wird es sich beispielsweise künftig noch erlauben können, die digitalen Möglichkeiten für intermodale, nachfrageorientierte Mobilitätsangebote und deren auch technische Verknüpfung zu vernachlässigen. Und jeder kommunale Abwasserentsorger wird seinen Beitrag zur örtlichen Energieversorgung und zur maximalen Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz leisten müssen.

zum Weiterlesen

Agentur für Erneuerbare Energien (Hrsg.): Flexibilität durch Kopplung von Strom, Wärme und Verkehr. Berlin 2016.

➔ www.bit.ly/2r47dRH

Schwan, Gesine, Katja Treichel und Anne Höh: Sektorkopplung – von der Stromwende zur Energiewende. Berlin 2016 (HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform).

Quaschnig, Volker: Sektorkopplung durch die Energiewende. Anforderungen an den Ausbau erneuerbarer Energien zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele unter Berücksichtigung der Sektorkopplung. Berlin 2016 (HTW-Hochschule für Technik und Wirtschaft).

Wasserinfrastruktur der Zukunft: Den Wandel vorausschauend gestalten

Der Forschungsverbund netWORKS 3 widmete sich neuartigen Wasserinfrastrukturen: Technische Varianten, räumliche Potenziale und institutionelle Spielräume wurden zur Entwicklung von Zukunftskonzepten für die Wasserinfrastruktur in den Blick genommen.

Die Auswirkungen des Klimawandels belasten die Städte zunehmend: Häufiger auftretender Starkregen und auch die Zunahme von Hitzetagen wirken sich – in Form von Überflutungen und Auslastungsschwankungen – auf die technischen Systeme in den Städten aus. Zusätzlich werden demografische Effekte wirksam. Die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz in der Siedlungswasserwirtschaft wie auch die Nutzung erneuerbarer Energien gewinnen weiter an Bedeutung. In Anbetracht dieser sich verändernden Rahmenbedingungen gilt es, die Infrastruktursysteme der Wasserver- und Abwasserentsorgung an die sich wandelnden Herausforderungen anzupassen.

Dabei wird das traditionelle Bild von Siedlungswasserwirtschaft mit Blick auf die skizzierten Veränderungen der Rahmenbedingungen nicht grundsätzlich infrage gestellt. Jedoch ist zu prüfen, ob die vorhandenen technischen Systeme, die institutionellen Strukturen und gängigen Organisationsformen noch passen, um den sich wandelnden Anforderungen zu genügen. In diesem Zusammenhang sind sowohl die Ziele der Siedlungswasserwirtschaft als auch die Art und Weise der Leistungserbringung zu überprüfen. So werfen die Herausforderungen die Frage nach einer kritischen Reflexion über Ziele der Siedlungswasserwirtschaft – und damit verbunden nach deren Transformation – auf. Die Anpassung an den Klimawandel wie auch die effizientere Verwendung von Energie und Ressourcen können dabei zu Treibern für die langfristige Transformation der Wasserinfrastruktursysteme werden.

Neuartige Wasserinfrastrukturen haben in den vergangenen Jahren zunehmende Aufmerksamkeit erfahren. Sie stellen zukunftsgerichtete Alternativen für die weitere Entwicklung von Städten und deren Infrastruktur dar; schließlich haben sie in Modellvorhaben ihre Praxistauglichkeit bewiesen und können in städtischen Teilräumen umgesetzt werden. Solche neuartigen Systemlösungen in der Siedlungswasserwirtschaft zeichnen sich dadurch aus, dass Abwasser nicht mehr einheitlich behandelt, sondern in verschiedene Teilströme (Regenwasser, Grauwasser, Schwarzwasser) getrennt wird. Abwasser wird in stofflicher wie energetischer Hinsicht zur Ressource. Im Zuge der Einführung neuartiger Wasserinfrastrukturen

entsteht ein differenziertes System, das sowohl in einer flexibleren Formenvielfalt an technischen Systemvarianten als auch in veränderten, facettenreichen Kooperations- und Organisationsformen zum Ausdruck kommt. Die Wasserinfrastruktur wird sich daher zukünftig durch Kombination, Diversifizierung und Koexistenz verschiedener Systeme auszeichnen.

Um das jeweils optimale technische System für eine Kommune oder die ideale Systemvariante für jede einzelne bauliche Maßnahme zu bestimmen, bedarf es einer Fall-zu-Fall-Prüfung auf Ebene der Kommune bzw. der einzelnen städtebaulichen Maßnahme. Dabei ist wichtig, dass die Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit und Verantwortung für die lokale Daseinsvorsorge diesen Gestaltungsanspruch annehmen. Sie sind prädestiniert und legitimiert, den Transformationsprozess im Gemeinwohlinteresse zu koordinieren.

Ohne die Ämter für Stadtentwicklung und kommunalen Wasserinfrastrukturbetreiber ist eine koordinierte und zielorientierte Einführung neuartiger Wasserinfrastrukturen kaum umsetzbar. Für Wasserunternehmen ergeben sich durch das Einführen neuartiger Wasserinfrastrukturen neue Strategieoptionen und Geschäftsfelder: Zum einen eröffnen sich Möglichkeiten sektorübergreifender Kopplungen – etwa mit Blick auf Energiepotenziale. Zum anderen bietet eine größere Zahl de- und semizentraler Anlagen Optionen, über weitere Betreibermodelle dieser Anlagen nachzudenken. Der Betrieb dieser Anlagen durch kommunale Infrastrukturbetreiber ist dabei nicht nur ein Geschäftsfeld, sondern sichert langfristig auch die Qualität der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung, z.B. mit Blick auf Umwelt- und Hygienestandards in der Abwasserbehandlung. Für die Stadtentwicklung ist von Bedeutung, dass neuartige Wasserinfrastrukturen zugleich veränderte konzeptionelle und praktische Zugänge zum urbanen Wasserkreislauf erschließen und zur Klimaanpassung beitragen können. Hierfür sind eine strategische, auf gesamtstädtischer Ebene angelegte und integrierte Planung sowie eine sektorenübergreifende Koordination erforderlich. Dies gilt insbesondere für die städtische Ebene. Auf ihr werden Notwendigkeit und Potenziale einer integrierten Planung von Stadt, Freiraum



www.networks-group.de/



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Jan Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

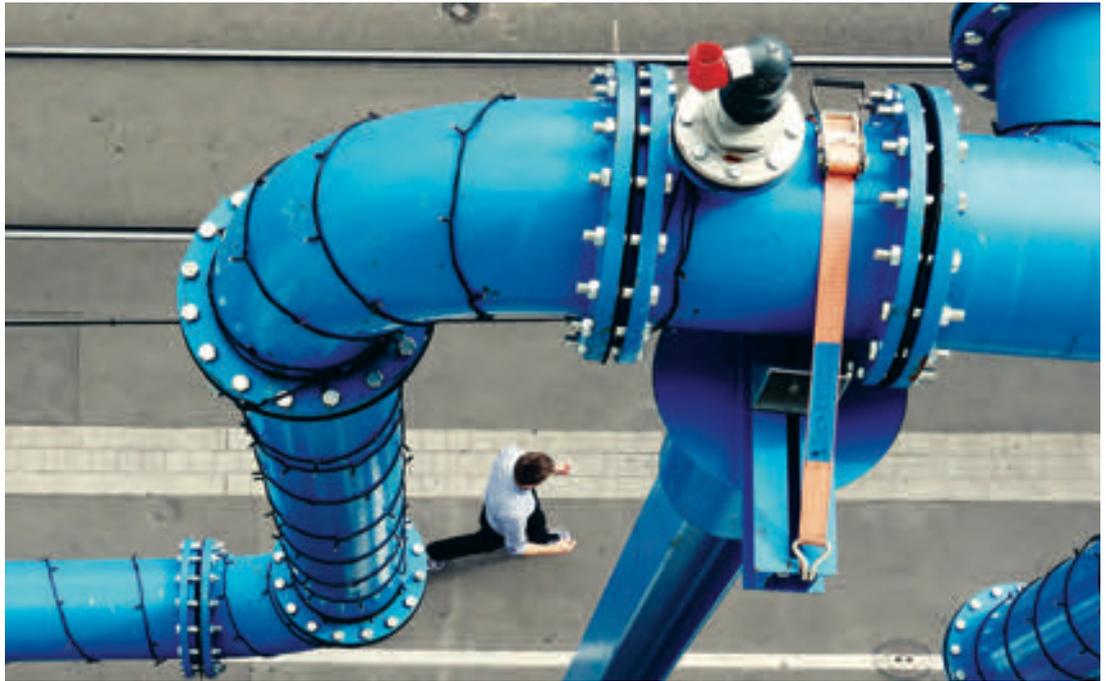


Foto: Wolf-Christian Straus

und Infrastruktur – angelegt als kommunales Transformationsmanagement – augenscheinlich.

Planerische Machbarkeitsstudien zu neuartigen Wasserinfrastrukturen für konkrete Modellgebiete erschließen neue Handlungsoptionen und erlauben es der Kommunalpolitik und anderen Entscheidungsträgern, sich ergebnisoffen mit neuartigen Wasserinfrastrukturen auseinanderzusetzen. Wenn dabei Gebäude-, Freiraum- und Infrastrukturplanung integriert betrachtet werden, können sich neue Möglichkeiten ergeben, die die Planungsspielräume vergrößern.

Geeignete Transformationsräume (Modellgebiete) für die Einführung neuartiger Wasserinfrastrukturen in Städten zu ermitteln, ist eine Aufgabe, die systematisch angegangen werden sollte. Grundsätzlich eignen sich Quartiere, die einerseits eine hohe (z.B. städtebauliche) Entwicklungsdynamik aufweisen und andererseits einen vergleichsweise geringen Transformationsaufwand – etwa aufgrund geringer Komplexität technischer Strukturen – erfordern. Die Quartiersebene hat sich im Rahmen des Forschungsprojekts netWORKS als geeignete räumliche Maßstabsebene zur Entwicklung neuer Lösungen erwiesen. Quartiersbezogene Maßnahmen müssen sich aber immer auch an übergeordneten gesamtstädtischen Zielen und Konzepten orientieren. Das Zusammenspiel von und die Interdependenzen zwischen den Wasserinfrastrukturen im städtischen Teilraum und der Gesamtstadt sind ein wichtiger Bestandteil der Planung und Bewertung von Systemvarianten. Dabei sollte die Bewertung von Varianten als multikriterielles Verfahren angelegt sein und neben technischen, ökonomischen und ökologischen Kriterien auch rechtliche

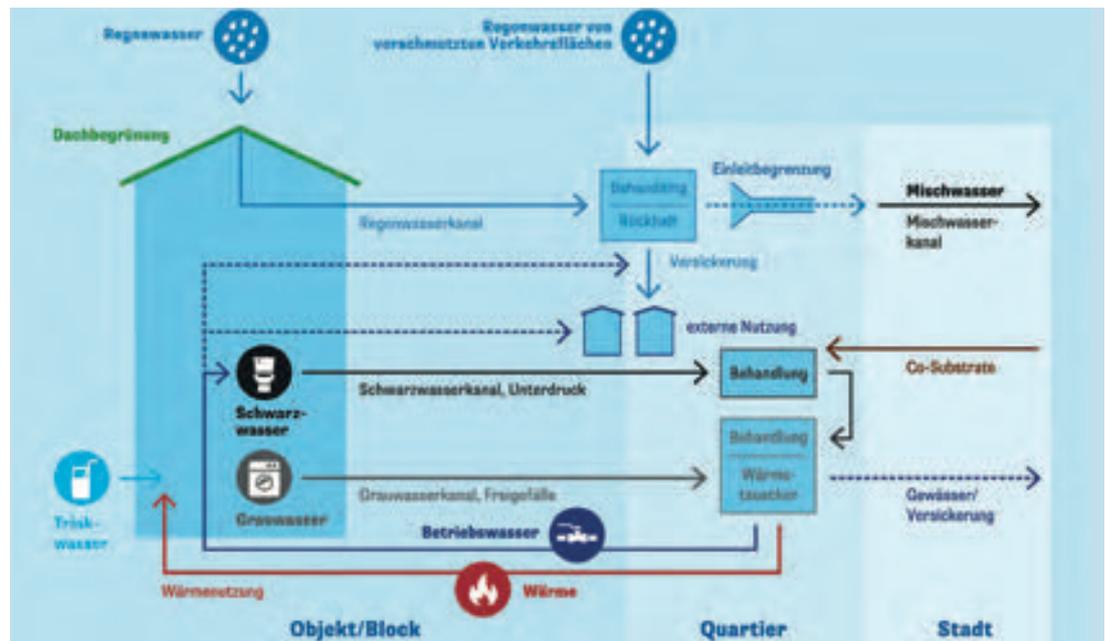
Aspekte und die Nutzungsperspektive (Akzeptanz) in den Blick nehmen.

Die neue in der Reihe „Edition Difu“ erschienene Veröffentlichung „Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume“ präsentiert die Ergebnisse des Forschungsverbundes „netWORKS 3: Intelligente wasserwirtschaftliche Systemlösungen in Frankfurt am Main und Hamburg“. Das Forschungsprojekt „netWORKS 3 wurde innerhalb der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (INIS)“ im Förderschwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement (NaWaM)“ als Bestandteil des BMBF-Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA)“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

In netWORKS3 arbeiteten Wissenschaftler mehrerer Institutionen transdisziplinär an Fragen rund um die Transformation der Wasserinfrastruktur in deutschen Kommunen: Neben dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) waren das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, die Technische Universität Berlin (TUB), Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik – WIP sowie die COOPERATIVE Infrastruktur & Umwelt beteiligt. Als Praxispartner haben Mitarbeiter der Hamburger Stadtentwässerung AÖR (HSE), ein Unternehmen von HAMBURG WASSER, und der ABGnova GmbH Frankfurt am Main, ein Tochterunternehmen der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH, an dem Verbundprojekt mitgewirkt.

Neuartige Wasserinfrastrukturen in die Praxis bringen

Kostenfreie Handreichungen unterstützen Entscheidungsträger in Stadtplanung, Wasserunternehmen und Regionalentwicklung im Umgang mit neuartigen Wasserinfrastrukturen.



Quelle: Forschungsverbund netWORKS 2016



Beispiel für eine Teilstromnutzung auf Quartiersebene

Infrastrukturen der Siedlungswasserwirtschaft sorgen im Spannungsfeld zwischen Umwelteinflüssen und durch menschliche Eingriffe für die sichere Versorgung mit Trinkwasser, für hygienische Verhältnisse in Siedlungen, für Überflutungsschutz und für den Schutz der Umwelt. Eine ganze Reihe aktueller Herausforderungen wirft jedoch die Frage nach einer Neujustierung der Ziele der Siedlungswasserwirtschaft auf. Damit verbunden ist eine Transformation der vorhandenen Systeme. Auswirkungen des Klimawandels und demografischer Wandel belasten zunehmend Städte und ihre Wasserinfrastrukturen. Die Möglichkeiten, hierauf zu reagieren, sind regional sehr unterschiedlich. Die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz – auch in der Siedlungswasserwirtschaft – ebenso wie die Nutzung erneuerbarer Energien gewinnen im Kontext der „Energiewende“ weiter an Bedeutung. Die Nutzung der im Abwasser enthaltenen Energie kann daher ein wichtiger Baustein sein. Für die genannten Herausforderungen könnten daher neuartige Wasserinfrastrukturen ergänzende und alternative Schritte sein.

Neuartige Wasserinfrastrukturen orientieren sich am Leitbild des Stoffkreislaufs und setzen am Prinzip der Stoffstromtrennung an. Hier geht es gleichermaßen um die Nutzung der im Abwasser

enthaltenen Wärme sowie die getrennte Erfassung und Behandlung von Abwasserteilströmen. Die Stoffstromtrennung ermöglicht die Nutzung von Regenwasser für gestalterische Maßnahmen ebenso wie für die Gebäudekühlung. Die Aufbereitung von Grauwasser aus Duschen, Waschbecken oder Waschmaschinen als Betriebswasser trägt ebenso zur Ressourcenschonung bei wie die Abtrennung sogenannten Schwarzwassers zur Klärgasgewinnung.

Für die Auseinandersetzung mit diesem Thema wurden Handreichungen für Entscheidungsträger mit Anregungen und Hinweisen zu wichtigen Fragen erarbeitet:

- Warum sollten sich Entscheidungsträger in Stadtplanung, Wasserunternehmen und Regionalentwicklung mit neuartigen Wasserinfrastrukturen beschäftigen?
- Welche Potenziale bietet der Umbau der städtischen Infrastrukturen für die Stadtentwicklung und Unternehmen?
- Wie können sie die Umsetzung angehen?
- Wie lassen sich geeignete Quartiere in der Stadt und technische Systemvarianten entwickeln und umsetzen?

Die Handreichungen stehen zum kostenfreien Download zur Verfügung.



www.bit.ly/2p5MFHC



Printexemplar-Bestellung:
draeger@difu.de



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Jan Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de



Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt

Innovative Lösungen zur Anpassung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an die sich verändernden Rahmenbedingungen: Forschungsergebnisse sind in einem Handbuch für Wasserwirtschaft, Kommunalverwaltung und -politik veröffentlicht.

Die Siedlungswasserwirtschaft ist essenzieller Teil der Daseinsvorsorge. Infrastrukturen der Wasserwirtschaft sorgen nicht nur für eine sichere Versorgung mit Trinkwasser und für hygienische Verhältnisse, sondern sind auch für den Umgang mit Überflutung und den allgemeinen Schutz der Gewässer verantwortlich. Sie tragen maßgeblich zur Gesundheitsvorsorge und zum Umweltschutz bei und sind so ein Standbein des Wohlstands.

Die Infrastrukturen der Siedlungswasserwirtschaft sind ein über Jahrzehnte aufgebautes milliarden-schweres Anlagevermögen und einer der größten Posten in den Kommunalhaushalten. Sie stehen derzeit unter großem Veränderungsdruck. Vorangetrieben durch aktuelle Entwicklungen – demografischen Wandel, Energiewende, Verknappung von Ressourcen, Umweltverschmutzung und Klimawandel – werden in den kommenden Jahrzehnten mitunter weitreichende Anpassungen der Wasserinfrastrukturen notwendig. Ziel muss dabei vorrangig sein, nachhaltige Wasserdienstleistungen zu bezahlbaren Preisen zu sichern.

Daher wurden von 2013 bis 2016 in 13 Verbundprojekten innovative Lösungen für die Anpassung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an sich verändernde Rahmenbedingungen entwickelt und erprobt. Gefördert wurden die Projekte vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (INIS).

Die 13 Verbundprojekte der INIS-Fördermaßnahme deckten ein breites Themenspektrum ab. Von der Wasserversorgung über die Stadtentwässerung und Abwasserentsorgung bis hin zu den zukunftsorientierten integrierten Konzepten für Wasser, Abwasser und Energie wurden nahezu alle Systemelemente urbaner Wasserinfrastrukturen in den Fokus genommen und Vorschläge für ihre Weiterentwicklung erarbeitet. Dabei wirkten Kommunen, Ver- und Entsorgungsbetriebe oder auch Planungs- und Ingenieurbüros aktiv mit. Dass die Ergebnisse in ganz unterschiedlichen Kommunen und Regionen Deutschlands modellhaft umgesetzt wurden, stärkt die Praktikabilität und Übertragbarkeit der Lösungen. Gleichzeitig



funktionierte der Wissenstransfer von Beginn an: von der Forschung in die Praxis und umgekehrt.

Begleitet wurden die Projekte vom Vernetzungs- und Transfervorhaben INISnet, das sich der „strategischen Kommunikation“ der Ergebnisse widmete. INISnet wurde von wichtigen Multiplikatoren der Städte und der deutschen Wasserwirtschaft, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), der Forschungsstelle des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) und der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) durchgeführt.

INISnet war auch für die Abschlusspublikation mit allen Ergebnissen der Fördermaßnahme verantwortlich. Das Handbuch dient dazu, die Ergebnisse aus der Forschung für einen breiten Kreis potenzieller Nutzer verfügbar zu machen. Die zahlreichen Beiträge spiegeln die große Themenvielfalt wider: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter Veränderungsdruck, Optimierung von Anlagen und Betrieb, Erschließung ungenutzter Potenziale durch sektorübergreifende Lösungen, integrierte Bewertung innovativer Systemlösungen, Werkzeuge für Planung, Entscheidungsfindung und Visualisierung, Integration von Stadt- und Infrastrukturentwicklung, Akteure, Strategien und Institutionen der Transformation. Das Handbuch soll vor allem der Ergebniskommunikation in die Praxis dienen. Damit werden die Wasserwirtschaft, Entscheidungsträger in Kommunalverwaltungen sowie nachgeordnet auch die Politik adressiert. Einzelne Beiträge richten sich auch an die Wissenschaft, da die Forschung neben Antworten stets auch neue Fragen aufwirft.



Die Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (INIS)“ wurde im Förderschwerpunkt „Nachhaltiges Wassermanagement (NaWaM)“ als Bestandteil des BMBF-Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA)“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.



www.nawam-inis.de/mediathek



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Städtebaurechtsnovelle 2016/2017 im Planspieltest

Das Difu überprüfte anhand eines Planspiels gemeinsam mit den Kommunen Bamberg, Köln, Leipzig, Sylt, Tübingen und Zingst den Gesetzentwurf. Viele Anregungen aus dem Planspiel konnten bei der Abfassung des Regierungsentwurfs berücksichtigt werden.

Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt dient nicht nur der Umsetzung der europäischen UVP-Änderungsrichtlinie, es bringt auch weitere wichtige Änderungen im Städtebaurecht. Wie schon vielfach erprobt und bewährt, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) den Gesetzentwurf mit sechs engagierten Kommunalverwaltungen (Bamberg, Köln, Leipzig, Sylt, Tübingen und Zingst) anhand eines Planspiels überprüft. Auftraggeber war das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unter fachlicher Begleitung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Mit dem Planspiel wurden Verständlichkeit und Praktikabilität geplanter Neuregelungen anhand praktischer Beispiele durch Normanwender getestet. Viele Anregungen aus dem Planspiel konnten schon bei der Abfassung des Regierungsentwurfs berücksichtigt werden. Der Ergebnisbericht wurde dem Ausschuss für Umwelt, Bau und Naturschutz des Deutschen Bundestages als Grundlage der parlamentarischen Beratung zugeleitet und führte zu weiteren Änderungen.

Wichtige Bausteine betreffen das Bauleitplanverfahren. Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sind als Folge europarechtlicher Vorgaben nun zwingend auch mittels Einstellung der erforderlichen Unterlagen auf ein frei zugängliches Internetportal zu führen. Auch der beschlossene Plan und die Begründung sind ins Internet einzustellen. Differenziertere Anforderungen ergeben sich auch für den Umweltbericht. Überzogene Anforderungen erscheinen aber bei Anwendung der bereits bestehenden Regelungen zum Umfang der Umweltprüfung vermeidbar zu sein.

Bereits im Vorfeld schlug die angekündigte Einführung eines „urbanen Gebietes“ als neuer Baugebietstyp in der Baunutzungsverordnung Wellen. Die Erwartungen in Bezug auf die gewünschte Entwicklung auch kleinteilig gemischter, zugleich hoch verdichteter urbaner Quartiere sind groß. Die vorgesehene Obergrenze für die bauliche Dichte (zulässige Geschossfläche) entspricht der für das Kerngebiet. Die Anforderungen an den Lärmschutz liegen am Tage unter denen in Mischgebieten. Einige große Städte werden von der



neuen Gebietskategorie voraussichtlich profitieren. Geboten scheint gleichwohl ein sachgerechter, vorsichtiger Umgang. Denn zum einen haben sich die alten Maßobergrenzen in den allermeisten Städten und Gemeinden durchaus bewährt. Zum anderen dürfen die Anforderungen an den Lärmschutz nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Sanierungsbedarf von morgen zu produzieren sollte vermieden werden. Abgewendet werden konnte auf dringende Empfehlung aus dem Planspiel zudem die Anwendung des urbanen Gebiets auch im unbeplanten Innenbereich (Ausschluss der Anwendung von § 34 Abs. 2 BauGB).

Weitere Änderungen betreffen die Verbesserung der planerischen Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Störfallrisiken, die Zulässigkeit von Ferienwohnungen und die Genehmigungsvorbehalte für Zweit- bzw. Nebenwohnungen in Fremdenverkehrsatzungsgebieten. Als Ergebnis eines politischen Kompromisses wurde auch eine Regelung in das Gesetz aufgenommen, die den Anwendungsbereich des beschleunigten Verfahrens befristet bis Ende 2019 auch auf kleinere Außenbereichsvorhaben bis zu 10.000 Quadratmeter zulässige Grundfläche für Wohnungsbauvorhaben eröffnet. Diese Regelung wurde im Planspiel kritisiert, u.a. weil sie undifferenziert auch die Mehrzahl von Gemeinden begünstigt, in denen kein dringender Wohnbedarf besteht und so dem generell gültigen Prinzip einer vorrangigen Innenentwicklung zuwiderläuft. So wird abzuwarten sein, wie groß der „Flurschaden“ am Ende denn tatsächlich sein wird.



Veröffentlichung:
www.difu.de/11084



Veranstaltungen:
www.difu.de/10891



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Online-Handel: Auswirkungen auf Innenstadt, Stadtteil- und Ortszentrum

Studie zu Online-Handel in deutschen Städten zeigt mögliche räumliche Auswirkungen, gibt Handlungsempfehlungen zu Instrumenten und Strategien, durch die die Entwicklung in den Zentren positiv gestaltet und gesteuert werden kann.

Städte sind seit jeher die Zentren wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aktivitäten. Unter den verschiedenen städtischen Funktionen kam und kommt dem Handel dabei eine besondere Rolle zu. Signifikante Veränderungen dieser Orte des Handels wurden damit immer von Auswirkungen auf Stadt, Stadtgestalt und Lebensqualität in den Städten begleitet. Seit mehr als 15 Jahren wird über die Auswirkungen des Online-Handels diskutiert. Im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) hat sich das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit den Partnern BBE Handelsberatung und elabouratum, München, im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie des Handelsverband Deutschland (HDE) mit den möglichen räumlichen Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren beschäftigt. Die Studienergebnisse wurden als BBSR-Online-Publikation publiziert.

Mittlerweile zeigt sich, dass der Trend zum Online-Handel eine zunehmend größere Dynamik entfaltet – und sich damit sehr vielschichtig auf Stadt und Raum auswirkt. Der Online-Handel ist jedoch nicht der Auslöser für Probleme des stationären Handels. Dazu haben beispielsweise auch die teils überdimensionierten Flächenausweisungen der vergangenen Jahr(zehnt)er beigetragen – insbesondere an nicht-integrierten Standorten. Der Online-Handel ist jedoch ein wichtiger Trendverstärker. Zu den weiteren Einflussfaktoren zählen der demografische Wandel, der Wertewandel sowie die Dynamiken des Immobilienmarktes.

Der Online-Handel wächst weiter. Nach HDE-Daten lag der Gesamtumsatz 2016 bei 44 Milliarden Euro und wies damit ein Plus von elf Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. In einigen Bereichen ist die Wachstumsdynamik geringer geworden, beispielsweise bei Unterhaltungselektronik und Büchern. In anderen Warengruppen beginnt das Wachstum hingegen gerade erst, zum Beispiel beim Heimwerkerbedarf oder Autozubehör. Weitgehend offen ist noch die Frage, wie sich der Online-Einkauf von Lebensmitteln vermutlich entwickeln wird.

Prognosen zur weiteren Entwicklung des Online-Handels sind schwer vorauszusagen. Je nach Branche werden die Entwicklungen sehr unterschiedlich verlaufen. Auch für Stadtgrößen lassen sich keine eindeutigen Aussagen treffen. Zu unterschiedlich sind die jeweils individuellen Voraussetzungen einer Stadt durch ihre Lage im Raum, ihr regionales Umfeld, ihr touristisches Potenzial oder Akteurskonstellationen innerhalb der Stadt.

Diese individuellen Ausgangslagen können dazu beitragen, dass eine Großstadt im Handelsbereich nicht richtig „funktioniert“ oder eine Mittelstadt ein vitaler Handelsstandort bleibt. Mehrheitlich werden jedoch Großstädte, die das vielfältigste und differenzierteste Handelsangebot aufweisen, auch künftig „feste Anker der Handelslandschaft“ sein. Für den Erlebniseinkauf werden weiterhin Ausflüge in die Innenstädte gemacht werden. Dafür ist ein möglichst breit gefächertes und vollständiges Branchenprofil wichtig, das ein attraktives Einkaufserlebnis verspricht. Auch stagnierende bis schrumpfende Großstädte werden Trading-Down-Prozessen – infolge der Abwanderung von Handelsbetrieben und der Ausdünnung der Handelslandschaft – zumindest im innerstädtischen Kern eine gewisse Zeit widerstehen. Sie können aufgrund ihrer Größe von mehr „Substanz“ zehren.

Grundsätzlich wird für Mittelstädte eine größere Gefährdung durch Leerstände gesehen. Die Einschätzungen „gehen allerdings weit auseinander. Sie reichen von „klare Verlierer des Strukturwandels“ bis hin zu „starke Standorte für Handelswachstum“, da sie in einem weitgehend gesättigten Markt noch Expansionsmöglichkeiten bieten.

Für Kleinstädte werden mehrheitlich weitere Nachfrageverluste und eine Verschärfung der Leerstandsproblematik erwartet. Diese Angebotslücken kann der Online-Handel zunehmend schließen, Online-Angebote können unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Logistik, Profitabilität) eine Alternative in der Versorgung darstellen.

Städte und Gemeinden sind in vielfältiger Art und Weise aktiv, um die Rahmenbedingungen für attraktive Innenstädte und Stadtteilzentren positiv



www.difu.de/11255



Prof. Martin zur Nedden
+49 30 39001-214
zurnedden@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

zu gestalten. Überwiegend handelt es sich dabei nicht um grundlegend neue und am Online-Handel ausgerichtete Aktivitäten. Neu sind allerdings der Handlungsdruck für bestimmte Akteure, ihre Rolle in der Gestaltung von Stadt und Handel und die Notwendigkeit einer intensiveren Kooperation. Die vorhandenen Instrumente müssen anders eingesetzt und um Bausteine, die die aktuellen Herausforderungen berücksichtigen, erweitert werden. Die Handlungsmöglichkeiten umfassen regulativ-planerische, investive ebenso wie eher weiche, kooperativ-kommunikativ angelegte Instrumente. Sie reichen von der Erarbeitung von Einzelhandels- und Zentrenkonzepten, über Marketingaktivitäten, die Verbesserung der Erreichbarkeit und die Gestaltung des öffentlichen Raums bis hin zur Entwicklung von Online-Stadtportalen.

Vor allem Maßnahmen im öffentlichen Raum, die dazu beitragen, Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren so interessant zu machen, dass Menschen sich dort gern aufhalten, gelten als notwendig und wichtig. Das Stärken des Wohnens in den städtischen Zentren ist eine wichtige Maßnahme, um Innenstädte attraktiver zu gestalten. Auch andere Nutzungen, jenseits des Handels, werden zunehmend diskutiert.

Gefragt ist auch der Einzelhandel selbst. Hier geht es vor allem um eine ansprechendere Gestaltung der Ladenfronten und Schaufenster, aber auch um mehr Service, geschultes Personal und eine aktivere Nutzung der Chancen der Digitalisierung, etwa im Hinblick auf Prozessverbesserungen in der Warenwirtschaft, Internetangebote, Online-Marketing oder Kundenbindung. Die Immobilienwirtschaft ist ein wichtiger Akteur in Fragen der Innenstadtgestaltung, der mit seinen spezifischen Interessen oft nicht einfach einzubinden ist. Instrumente wie Business Improvement Districts (BID), die darauf zielen, auch Immobilieneigentümer zu einer anteiligen Mitfinanzierung von Maßnahmen der Stadtgestaltung zu verpflichten, können hierbei ein wichtiges Instrument sein.

Gewerberecht und Planungsrecht bestimmen den rechtlichen Rahmen, an den sich stationärer und Online-Handel halten müssen. Für die öffentliche Hand wird immer wieder ein großer Handlungsbedarf im Planungsrecht auf einem bisher kaum



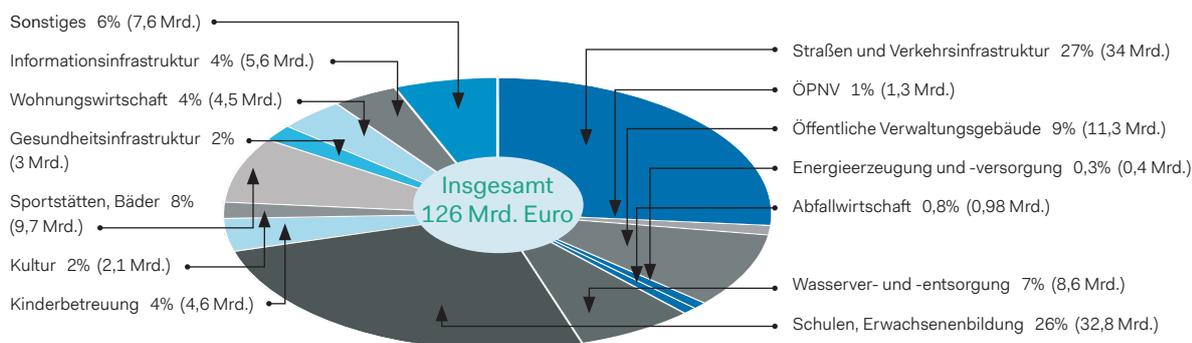
Foto: Busso Grabow

bearbeiteten Handlungsfeld wahrgenommen. Festgestellt wird allerdings auch: Online-Handel entzieht sich der kommunalen Steuerung. Aber auch andere Rechtsbereiche wie das Gewerberecht (Ladenschlussgesetz, Europarecht mit einem Abbau von Hürden im grenzüberschreitenden Handel) sind für den Abbau der Unterschiede zwischen stationärem und Online-Handel mindestens ebenso entscheidend.

Das komplexe Wirkungsgefüge und die damit verbundenen Herausforderungen können – dies macht die Studie deutlich – nur durch Strategien einer integrierten Stadtentwicklungspolitik mit dem Ziel der Gewährleistung einer gemeinwohlorientierten Zukunft für die Städte erfolgreich bewältigt werden. Das Thema „Einzelhandel“ – analog und digital – muss dabei seiner zentralen Bedeutung entsprechend gewürdigt werden. Dies gilt für die Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen gleichermaßen.

Investitionen der Kommunen moderat gestiegen

Befragung von rund 3700 Landkreisen, Städten und Gemeinden: Neues KfW-Kommunalpanel 2017 zeigt leichten Rückgang des kommunalen Investitionsbedarfs in einem nach wie vor sehr heterogenen Umfeld.



I Investitionsrückstand 2016 in Mrd. Euro Hochrechnungen für Gemeinden und Landkreise.

Im Mai 2017 veröffentlichte das Difu zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau erneut das „KfW-Kommunalpanel“. Die groß angelegte Befragung von über 3.700 Landkreisen, Städten und Gemeinden zeigte – nach 2012 – erstmals wieder einen leichten Rückgang bei den kommunalen Investitionsrückständen. In der Hochrechnung für alle Kommunen ab 2.000 Einwohner beträgt dieser 126 Mrd. Euro (2016: 136 Mrd. Euro).

Dabei bestehen die höchsten Nachhol- und Ersatzbedarfe nach wie vor in den Bereichen Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (34 Mrd. Euro) sowie Schulen einschließlich der Erwachsenenbildung (32,8 Mrd. Euro). Mit Abstand folgen die Bereiche öffentliche Gebäude (11,3 Mrd. Euro), Sportstätten und Bäder (9,7 Mrd. Euro) sowie Wasserver- und -entsorgung (8,6 Mrd. Euro). Ein erkennbarer Zuwachs bei den ungedeckten Investitionsbedarfen ist im Bereich Wohnungswesen zu verzeichnen, während in vielen kleineren Aufgabenbereichen leichte Rückgänge zu beobachten sind. Immerhin erwarten 35 Prozent der befragten Kommunen für die nächsten fünf Jahre einen weiter sinkenden Investitionsrückstand, während 20 Prozent von einem weiteren Anstieg ausgehen. Insbesondere in den Bereichen Schulen und Kitas geht eine relative Mehrheit von einem Abbau des Investitionsstaus aus. Diese Entwicklungen lassen sich auf die insgesamt positive Finanz- und Haushaltslage der Kommunen in den vergangenen zwölf Monaten zurückführen: Schuldenstand, Kassenkredite und Zinsausgaben konnten 2016 in der Summe leicht zurückgeführt werden. Auch der Ausgabenanstieg war moderat, so dass im dritten Jahr in Folge ein Finanzierungsüberschuss erzielt werden konnte. Trotzdem bestehen die seit Jahren konstatierten Disparitäten zwischen den Kommunen fort.

Insgesamt planen die befragten Kommunen eine Steigerung ihrer Investitionen um etwa 15 Prozent. So waren für 2016 rund 30,8 Mrd. Euro eingeplant, für 2017 sollen es sogar 31,7 Mrd. Euro sein. Die tatsächlich verausgabten Investitionsausgaben lagen in der Vergangenheit jedoch stets unter den Planungen. Selbst ein wachsender Teil an Kommunen, die den Haushaltsausgleich derzeit nicht schafft bzw. sogar einem Haushalts-sicherungskonzept unterliegt, beabsichtigt, die eigenen Investitionsausgaben 2016 und 2017 zu steigern. Der vergleichsweise moderate Anstieg der Investitionsausgaben – in Relation zum ermittelten Investitionsrückstand – verweist darauf, dass das Maß der öffentlichen Investitionstätigkeit auch von der Verfügbarkeit öffentlicher Planungs-kapazitäten sowie vom Auslastungsgrad des privaten Baugewerbes abhängt. Zeitlich befristete Investitionsförderprogramme von Bund und Ländern schaffen deshalb vor allem für finanz- und strukturschwächere Kommunen keine hinreichende Planungssicherheit. Zur Finanzierung ihrer Investitionstätigkeit greifen die Landkreise, Städte und Gemeinden nach wie vor in erster Linie auf allgemeine Deckungsmittel sowie Kommunalkredite zurück. 2016 wurden rund 65 Prozent aller Investitionen mit Hilfe dieser beiden Instrumente finanziert. Dabei geht rund ein Drittel der befragten Kommunen davon aus, dass der Kommunalkredit in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird – wie auch die von den Kommunen zu beantragenden Fördermittel. Obwohl beispielsweise die größeren Städte immerhin zu 21 Prozent Kommunalkredite zur Investitionsfinanzierung benutzen, können die Kommunen das derzeit niedrige Zinsniveau offenbar nicht systematisch zur „Hebelung“ von zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur verwenden.

→ www.difu.de/11241

● Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Das 3x3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten

Vom Difu erarbeitete Handlungsempfehlungen sollen dazu beitragen, Diskurse zwischen den Beteiligten anzustoßen, Veränderungen in der Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung zu initiieren und erforderliche Reformen einzelner Verfahrensschritte einzuleiten.

Nicht erst seit „Stuttgart 21“ stehen Defizite der bisherigen Beteiligungspraxis bei Planungs- und Bauvorhaben in Deutschland in der Diskussion. Insbesondere Verzögerungen und Scheitern von Infrastruktur-Großprojekten sowie anderer umweltrelevanter Vorhaben haben die Aufmerksamkeit auf die fachliche und strategische Vorbereitung derartiger Projekte gelenkt. In aktuellen Debatten werden daher neue Formen einer umfassenden und intensiven Öffentlichkeitsbeteiligung an Planungsprozessen gefordert. Besondere Erwartungen richten sich auf informelle Prozesse in Beteiligungsverfahren. Informelle Verfahren bieten eine gute Möglichkeit mitzuwirken und mitzugestalten. Sie besitzen große Gestaltungsspielräume und damit Flexibilität, um auf spezifische Anforderungen eingehen zu können – allerdings fehlt ihnen häufig die Verbindlichkeit bei der Umsetzung ihrer Ergebnisse. Hierfür müssen sie mit Blick auf Frühzeitigkeit, Augenhöhe und Transparenz verbessert und mit formalen Planungs- oder Genehmigungsverfahren sinnvoll verzahnt werden. Dies wiederum erfordert, vorhandene Kooperationsstrukturen und -kulturen zu verändern. Schließlich geht es um neue Prozesse und ein gewandeltes Miteinander von Verwaltung, Politik, Vorhabenträger und Bürgerschaft. Das heißt auch, dass Akteure wie Vorhabenträger oder Genehmigungsbehörden ihr Selbstverständnis hinterfragen und womöglich andere Rollen als bisher übernehmen.

Wie dies gelingen kann, zeigen die Handlungsempfehlungen „Das 3x3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten“ zur künftigen Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben. Die darin enthaltenen neun Botschaften sind Kernaussagen des Forschungsvorhabens „Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben“. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) untersuchte im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) von 2014 bis 2017 zwanzig Beteiligungsprozesse zu umweltrelevanten Vorhaben. Ziel war es, die Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben inhaltlich weiterzuentwickeln und deren Transparenz, Verbindlichkeit und Kontinuität zu vergrößern. Ausgewählt wurden Beteiligungsverfahren mit beispielhaften Lösungsmodellen für die drei Schwerpunkte des Forschungsvorhabens:

- Verzahnung von informeller Öffentlichkeitsbeteiligung und formellem Planungs- und Genehmigungsprozess,
- Rolle und Zusammenspiel von Vorhabenträgern und Genehmigungsbehörden sowie
- Adressaten der Öffentlichkeitsbeteiligung: Repräsentanz, Aufgaben und Rolle der Zivilgesellschaft.



Quelle: Peter Himsel

Fünf Projekte wurden als Fallstudien untersucht. Hier standen die unterschiedlichen Perspektiven und Bewertungen insbesondere von Vorhabenträgern, Genehmigungsbehörden, (Umwelt-)Verbänden und Bürgerinitiativen im Mittelpunkt. Besondere Sorgfalt wurde auf die Dokumentation der unterschiedlichen Sichtweisen der verschiedenen Akteursgruppen gelegt. So wurden Wahrnehmungs- und Interpretationsdifferenzen erkannt und konnten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Beteiligungsprozess und mit Blick auf grundlegende Defizite der vorhandenen Beteiligungspraxis analysiert werden.

Auf der Basis dieser Ergebnisse wurden Veränderungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten der Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben identifiziert, Handlungsempfehlungen abgeleitet und in Botschaften zusammengeführt. Diese geben Hinweise, wie Vorhabenträger die Prozesse der Öffentlichkeitsbeteiligung verbessern und Konflikten begegnen können. Sie unterbreiten zudem Vorschläge, wie Vorhabenträger und Genehmigungsbehörden ein Akteursbündnis für Öffentlichkeitsbeteiligung schmieden können. Und sie enthalten Aussagen, wie diese Beteiligung gelingt.



www.bit.ly/2oN6bNI



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Sichere Quartiere durch gute Zusammenarbeit aller Akteure

Neue Veröffentlichung gibt Tipps und nennt praktische Beispiele für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen zur Erhöhung der Sicherheit in den Quartieren.

Neben vielen anderen Faktoren beeinflusst Sicherheit die Lebensqualität in den Quartieren. Bürger orientieren sich selten an den Aussagen von Kriminalstatistiken, also der registrierten Kriminalität. Eigene Erfahrungen, Schilderungen anderer, Medienberichterstattung und Informationen aus dem Internet prägen das Bild von Sicherheit und Unsicherheit in den Städten. Das Gefühl und die Gewissheit, sich im unmittelbaren Wohnumfeld frei und sicher bewegen zu können, ist die Grundlage dafür, sich dort auch wohlfühlen, nachbarschaftliche Kontakte zu entwickeln und Verantwortung füreinander und für das Wohnumfeld zu übernehmen.

Der Begriff der Sicherheit umfasst mehr als den reinen Schutz vor Kriminalität. Es geht auch um die gefühlte und wahrgenommene Sicherheit. Sicherheit ist damit Teil eines umfassenden Ziels: Qualitätsvolle öffentliche Räume für alle Nutzer sowie lebenswerte Städte und Quartiere zu schaffen. Baulich-gestalterische, soziale und regulatorische Einflüsse wirken gleichzeitig auf das Quartier. Diese Bandbreite macht deutlich, dass nicht nur ein Akteur allein für die Sicherheit im Wohnumfeld zuständig ist. Erforderlich ist vielmehr die Zusammenarbeit einer Vielzahl von Akteuren. In Wohnumfeld betrifft dies maßgeblich die Aufgabenbereiche von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen. Weitere Akteure wie soziale Institutionen, lokale Gewerbetreibende und natürlich die Bürger selbst kommen hinzu.

Um die Lebensqualität im Quartier zu verbessern, ist die Zusammenarbeit dieser Akteure eine wichtige Rahmenbedingung. Die interdisziplinäre Betrachtung hilft, Ursachen und Zusammenhänge von Unsicherheiten zu verstehen. Erst das gemeinsame Entwickeln von Handlungsstrategien und Maßnahmen schafft nachhaltig wirksame Lösungen. Dabei muss klar sein: Nicht jeder Nutzungskonflikt ist eine Verletzung der öffentlichen Ordnung, und nicht jede verunsichernde „Grenzüberschreitung“ kann als kriminell angesehen werden.

Obwohl sich in den letzten Jahren ein umfangreiches Spektrum kommunaler Präventionsgremien entwickelt hat und es immer wieder gute Beispiele für gemeinsame Lösungswege gibt, ist die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen

und Kommune für sichere und lebenswerte Quartiere mancherorts noch unerprobt. Kontakte und Routinen bestehen nur vereinzelt und sporadisch. Oft werden wichtige Akteure nicht rechtzeitig einbezogen, Potenziale und Synergien zu spät erkannt.



Foto: Dr. Anke Schröder

Zusammen mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen hat das Deutsche Institut für Urbanistik eine Handreichung für die Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft entwickelt, die Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune geben soll. Die Broschüre ist im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekts „Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen (transit)“ erarbeitet worden. Neben Darstellungen von sozialen und sozialräumlichen Aspekten, baulich-planerischen Maßnahmen, Verfahren und Strukturen für ein sicheres Wohnumfeld enthält sie praktische Beispiele für die Zusammenarbeit in den Städten.



Ilmweg-Spielplatz,
Hannover



www.difu.de/11200



Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
urbane-sicherheit@difu.de

 **Difu-Veröffentlichungen sind für Difu-Zuwender kostenlos**

eBOOK eBooks können ausschließlich über eBook-Shops, z.B. difu.ciando-shop.com, bezogen werden. Sie sind als PDF oder ePUB erhältlich. Für Difu-Zuwenderstädte sind die eBooks gratis.

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

www.difu.de/publikationen/edition-difu

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten **NEU**

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.), Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €, ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €, ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €, ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €, ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

www.difu.de/publikationen/difu-arbeitshilfen

Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage
von Martin Zilkens, 2014, 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30 €, ISBN 978-3-88118-536-3

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €, ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €, ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

www.difu.de/publikationen/difu-impulse

Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement, April 2015, Hannover
Cornelia Rösler (Hrsg.), Bd. 3/2016, 186 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-570-7, **eBOOK** 16,99 €

Wege zu nachhaltiger Mobilität

Ergebnisse aus transnationaler Forschung unter der „Era-net Transport“-Initiative „Stepping Stones“
Jürgen Gies und Uta Bauer (Hrsg.), Bd. 2/2016, 200 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-569-1

Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), Bd. 1/2016, 138 S., 18 €, ISBN 978-3-88118-544-8, **eBOOK** 14,99 €

Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?

Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.), Bd. 6/2015, 160 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-548-6, **eBOOK** 16,99 €

Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum

Maic Verbücheln (Hrsg.), Bd. 5/2015, 98 S., 15 €, ISBN 978-3-88118-547-9

Mehr Wirkungsorientierung in Kommunen

Bedingungen für eine veränderte politisch-administrative Steuerung
Von Stefan Schneider, Bd. 4/2015, 200 S., 23 €, ISBN 978-3-88118-545-5

Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt

Von Wulf-Holger Arndt, Bd. 3/2015, 98 S., 15 €, ISBN 978-3-88118-546-2, **eBOOK** 12,99 €

 **Difu-Papers (exklusiv für Difu-Zuwender auch als kostenloses PDF)**

www.difu.de/publikationen/difu-papers

Klein- und Mittelstädte – Handlungsmöglichkeiten bei Schrumpfung und Peripherisierung **NEU**

Von Elke Bojarra-Becker u.a., 2017, 32 S., 5 €, in Vorbereitung

Wärmewende im Quartier **NEU**

Hemmnisse bei der Umsetzung am Beispiel energetischer Quartierskonzepte
Von Robert Riechel, Jens Libbe u.a. 2016, 28 S., 5 €
 www.difu.de/10875

Kommunale Unternehmen in Deutschland als Erfahrungsträger und Kooperationspartner für Kommunen in Schwellen- und Entwicklungsländern – eine Bestandsaufnahme

von Stefanie Hanke, 2016, 28 S., 5 €
 www.difu.de/10801

Stadt der Zukunft – Tendenzen, Potenziale und Visionen

Von Marco Peters, Jan Walter und Lara Falkenberg, 2016, 28 S., kostenlos
 www.difu.de/10631 (nur als PDF verfügbar)

Integration von Stadtplanung und ÖPNV für lebenswerte Städte

Von Jürgen Gies u.a., 2016, 28 S., 5 €
 www.difu.de/10645

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

www.difu.de/publikationen/aktuelle-beitrag-e-zur-kinder-und-jugendhilfe.html

Neu Maß nehmen! **NEU**

Zukunftsperspektiven der Vormundschaft AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 107, 122 S., 19 Euro, ISBN 978-3-88118-563-9

Neue Veröffentlichungen

Berichte 2/2017

Was wir alleine nicht schaffen ... **NEU**

Prävention und Gesundheitsförderung im kooperativen Miteinander von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 106, 248 S., 19 Euro, ISBN 978-3-8811-8-562-2

Praxistest erfolgreich bestanden?

Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 105, 126 S., 19 €, ISBN 978-3-8811-8-561-5

Flüchtlingsfamilien im Schatten der Hilfe?

Geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Deutschland
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 104, 232 S., 19 €, ISBN 978-3-8811-8-560-8

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

www.difu.de/publikationen/sonderveroeffentlichungen
www.difu.de/publikationen/kommunaler-klimaschutz.html

Wasserinfrastrukturen für die zukunfts-fähige Stadt **NEU**

Jens Libbe u.a. (Hrsg.)
2017. Ca. 350 S., in Vorbereitung, nur online
➔ www.difu.de/publikationen

Kommunales Transformationsmanagement für die lokale Wärmewende **NEU**

Leitfaden
Von Robert Riechel u.a.
2017. Ca. 100 S., vierfarbig, kostenlos, Printversion erscheint Ende Juni
➔ www.difu.de/publikationen

KfW-Kommunalpanel 2017 **NEU**

Bearb. Henrik Scheller u.a., KfW Bankengruppe (Hrsg.), 2017. 50 Seiten, nur online
➔ www.difu.de/11243

Klimaschutz & erneuerbare Wärme **NEU**

Beispiele, Aktivitäten und Potenziale für die kommunale Wärmewende
Difu (Hrsg.), Bearb. Jan Walter
2017. 88 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11215

Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen **NEU**

Mehr Sicherheit und Wohnqualität bei Neubau und Sanierung
Von Luise Willen u.a.
2017. 55 S., nur online
➔ www.difu.de/11177

Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016/2017 **NEU**

Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt
Von Arno Bunzel u.a., i.A. des BBSR
2017. 117 S., nur online
➔ www.difu.de/11084

Push & Pull **NEU**

Parking management and incentives as successful strategies for energy-efficient urban transport
Von Martina Hertel, Push & Pull Consortium (Hrsg.)
2017. 36 S., englisch, nur online
➔ www.difu.de/11106

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation des 2. Netzwerktreffens am 1./2. Dezember 2016
von Bettina Reimann u.a., 2017, 27 S., nur online
➔ www.difu.de/11078

Pendeln mit Rückenwind

Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte
Von Martina Hertel u.a., Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hrsg.), 2016, 40 S., kostenlose Printfassung
➔ www.difu.de/11059

Commercial Transport in Urban Areas

Wulf-Holger Arndt (Hrsg.), 2016, 29 S., englisch, nur online
➔ www.difu.de/11020

Urbanes Grün in der doppelten Innenentwicklung

Empfehlungen für Kommunen
Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.), Difu u.a. (Bearb.), 2016, 270 S., nur online
➔ www.difu.de/11016

Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2016
Difu (Bearb.), i.A. der Bertelsmann Stiftung, 2016, 2 Teile, nur online
➔ www.difu.de/10994

Gutachten 2015 zur Umsetzung der Zusagen der Mobilfunkbetreiber

Difu (Hrsg.), i.A. des Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF), 2016, 107 S., vierfarbig, nur online
➔ www.difu.de/10948

Baukulturbericht 2016/2017

Stadt und Land
Von Daniela Michalski u.a., Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.), 2016, 168 S., vierfarbig, kostenloses Printex: mail@bundesstiftung-baukultur.de
➔ www.difu.de/10968

Zeitschriften

www.difu.de/publikationen/informationen-zur-modernen-stadtgeschichte-ims
www.difu.de/publikationen/dokumentationsserien.html

Stadt und Romantik

Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2016, 176 S., Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

Städtisches Erbe – Urban Heritage

Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2016, 168 S., Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Christina Kratz (Bearb.), 2/2016, 158 S., Einzelband 27 €, Jahresabo (zwei Bände) 40 €
➔ www.difu.de/11005 (exklusiv für Zuwender)

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2016, 166 S., Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/10985 (exklusiv für Zuwender)

Bestellungen von Printexemplaren: www.difu.de/publikationen

Bestellungen von eBooks: www.difu.ciando-shop.de

Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29 €: 2,50 € (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29 € Bestellwert: kostenfrei.

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-253, Fax +49 30 39001-275
www.difu.de, vertrieb@difu.de, eBook-Shop: www.difu.ciando-shop.de

Vielfältige Angebote für Kommunen



Foto: Doris Reichel

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Zuwander sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit den Städten sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert.

Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch.

Ein Difu-Beitritt bietet angeschlossenen Städten, Verbänden und Planungsgemeinschaften besondere Vorteile:

Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwanderstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Experten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6258

Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin sind die praxisorientierten Difu-Seminare meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwanderstädte werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungsansätze vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Regelmäßige Treffen werden vom Difu – teilweise exklusiv – für Zuwander angeboten.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis zu Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in Difu-Datenbanken sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt folgende Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnis-Berichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ www.difu.de/43

Jede Neuerscheinung frisch auf den Tisch

Die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen erhalten Zuwander automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und kostenfrei für Zuwander. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks über

➔ www.difu.ciando-shop.com

Näheres zum Procedere

➔ www.difu.de/10829

Interesse am Difu-Beitritt? Infos unter:

➔ www.difu.de/6750



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 390012-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol. Patrick Diekmann
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekmann@difu.de

Susanne Plagemann, M.A.
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Fortbildung
+49 30 390012-149
adrian@difu.de

Impressum

Berichte – das Magazin des Difu.
Forschungsergebnisse, Veröffentlichungen,
Veranstaltungen und Standpunkte.

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
unter Mitarbeit von Luisa Müller und
Marisol Caamano

Gestaltung/CD

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout/Satz

Elke Postler

Fotos

S.9, S.21: Wolf-Christian Strauss
(S.21 Dresden, Kunsthof, Hof der Elemente)
Coverfoto, S.26: pixabay.com
Kleinere Fotos ohne Autorenangabe:
pixabay.com

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 42/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 18. Mai 2017

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund
des geringen Platzes
verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche
Schreibformen zu verwenden.

Druck

H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreund-
liches Papier ohne optische Aufheller;
holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte
an die Difu-Pressestelle.

Unsere allgemeinen Info-Angebote im Web

Presseverteiler

Die Medieninfos informieren über medienrelevante
Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Down-
load auf der Difu-Homepage zur Verfügung.
Andere können als Printexemplare oder eBooks
käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungen

Im Wintersemester findet monatlich die gebühren-
freie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft
der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit
einem anderen aktuellen Thema des Komplexes
„Zukunft der Städte“ befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Newsletter

Monatlich informieren wir Sie per Mail mit unseren
„Difu-News“ über alle neuen Angebote auf der
Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Facebook

Folgen Sie uns auf

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-
Zuwenderschaft für Städte und Verbände.
Bitte schicken Sie mir nähere Infos zu.

Name

Stadt/Verband

Straße

Land, PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de



Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen: Tipps für Kommunen und Privatleute

Neue Broschüre informiert über den Schutz vor Schäden durch Extremwetterereignisse bei Neubau oder Sanierung. Die kostenfreie Publikation unterstützt Kommunen und Privateigentümer mit praxisorientierten Vorschlägen.

Extremwetter wie Hitze, Starkregen, Hochwasser und Sturm machen nicht an Grundstücksgrenzen halt. Deswegen ist die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ein Thema für alle – sowohl für Politik und Verwaltung, die für den Schutz des öffentlichen Raums zuständig sind, aber auch Privateigentümer und Mieter. Aufgabe von Städten, Gemeinden und Landkreisen ist es außerdem, ihre Bürger über mögliche Gefahren zu informieren und Lösungen aufzuzeigen. Die Broschüre „Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen – Mehr Sicherheit und Wohnqualität bei Neubau und Sanierung“ unterstützt Kommunen dabei und soll dazu motivieren, selbst aktiv zu werden. Das Difu hat das Angebot gemeinsam mit zahlreichen Experten und Kommunen im Auftrag der Schwäbisch Hall-Stiftung „wohnen bauen leben“ und unter Schirmherrschaft des Deutschen Städtetages erarbeitet.

Wohngebäude haben in unseren Breitengraden eine vergleichsweise lange Lebensdauer. Die rund 21 Millionen Gebäude in Deutschland spielen beim Schutz des Klimas eine zunehmend wichtige Rolle, denn fast 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs entfällt auf den Gebäudesektor. Dass Privateigentümer die Energiewende unterstützen müssen, liegt daher auf der Hand. Künftig wird es außerdem stärker darum gehen, die Gebäude selbst vor den Folgen des Klimawandels zu schützen: Immobilien haben einen hohen finanziellen Wert und in einem Wohnhaus wird viel Zeit verbracht. Daher sind Gebäudeschutz, Sicherheit und Wohlfühlqualität wichtig. Egal, ob ein Haus oder eine Wohnung neu gebaut, gekauft oder saniert bzw. umgebaut wird – eine klimagerechte Ausführung lohnt sich. Extreme Wetterphänomene treten im Rahmen des Klimawandels schon heute verstärkt auf. Die Risiken für diese Ereignisse sind in Deutschland regional unterschiedlich ausgeprägt, auch die örtliche Lage des Grundstücks spielt eine wichtige Rolle. Entsprechende Berücksichtigung beim Planen und Bauen kann Schäden vorbeugen. Wer Maßnahmen durchdacht kombiniert, schützt seine Immobilie und gleichzeitig das Klima.

Die neue Broschüre beschreibt mögliche Problemfelder und sinnvolle bauliche und technische Präventionsmaßnahmen wie den wirksamen



Foto: Anna-Kristin Jolk

Schutz gegen Rückstau aus dem Kanal, eine geringe Versiegelung des Grundstücks oder Begrünung an Dach und Fassade. Zahlreiche Fotos, Grafiken und Karten zeigen anschaulich, wie Schäden vermieden bzw. möglichst gering gehalten werden können. Mithilfe einer Checkliste kann eine erste Einschätzung zum Status der Klimaanpassung am Haus erfolgen. Darüber hinaus werden mögliche Synergien, aber auch Konflikte mit anderen Themen (beispielsweise Klimaschutz oder Barrierefreiheit) sowie Anregungen zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten aufgegriffen. Der Praxisratgeber dient vor allem als Ideengeber und zur Orientierung – eine detaillierte Beratung zu Einzelmaßnahmen muss durch Fachleute erfolgen.

Materialien zur Bürgerinformation

Der Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen steht online zum Download zur Verfügung. Das barrierefreie PDF kann in eigenen Websites eingebunden werden. Auf Anfrage versendet das Difu zudem ein druckfähiges PDF für die Weitergabe an Druckereien. Als Kurzinfo dient ein Flyer, der in das Thema einführt und auf den Praxisratgeber verweist. Er bietet die Möglichkeit, individuelle Informationen zu Beratungsangeboten, Konzepten und auch zu Ansprechpartnern innerhalb der Verwaltung einzufügen.

www.difu.de/11177



www.difu.de/11177



Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Dipl.-Geogr.
Anna-Kristin Jolk
+49 221 340308-22
jolk@difu.de

Kommunen präsentieren vorbildliche Beispiele für erneuerbare Wärme

Difu veröffentlicht nachahmenswerte Beispiele für die Wärmewende vor Ort. Die Modelle stammen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen: u.a. Chemnitz, Heidelberg, Marburg, Stuttgart, den Landkreisen Nordfriesland, Osnabrück und dem Rhein-Hunsrück-Kreis.



Foto: Arcon Summark

Im Übereinkommen von Paris, dem 2016 in Kraft getretenen globalen Klimavertrag der Nationalstaaten, wurde nicht weniger als die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft beschlossen. Auch Deutschland hat sich international zu ehrgeizigen Klimagasreduktionen und der Generationenaufgabe „Klimaschutz“ verpflichtet.

Die Energiewende ist ein wesentlicher Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. Das aktuelle Themenheft „Klimaschutz & erneuerbare Wärme“ rückt dabei kommunale Aktivitäten für eine zunehmend erneuerbare Wärmeversorgung in den Vordergrund. Denn die Energiewende ist mehr als nur „Stromwende“. Wie wichtig der Wärmesektor ist, wird allein aus seiner Größe deutlich. In Deutschland werden für die Wärmebereitstellung 56 Prozent des gesamten Endenergiebedarfs aufgewendet. Zugleich wächst der Anteil erneuerbarer Wärme äußerst langsam. Die neusten Zahlen markieren trotz der ehrgeizigen Klimaschutzziele sogar einen Stillstand bzw. leichten Rückgang. Nach einem Wachstum von 2010 bis 2015 um insgesamt zwei auf 13,5 Prozent, wurden 2016 13,4 Prozent der Wärme regenerativ gewonnen.

Die Kommunen leisten, unterstützt von Bund und Ländern, einen besonders wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele im

Wärmebereich. In ausführlichen Beiträgen und kurzen Exkursen aus der kommunalen Praxis werden kommunale Ansatzpunkte präsentiert, die den Ausbau erneuerbarer Wärme effektiv vorantreiben. Die beschriebenen Maßnahmen und Potenziale sollen weitere Kommunen zur Entwicklung von Strategien und Projekten vor Ort motivieren. Das Engagement fängt meist bei den eigenen Liegenschaften an. Lokale Akteure können darüber hinaus über kommunale Beratungsangebote und Förderprogramme aktiviert werden. Die Entwicklung eigener Planungswerkzeuge, zahlreiche stadtplanerische Instrumente sowie die Errichtung erneuerbarer kommunaler Wärmenetze in großen Städten wie in kleinen Gemeinden geben wichtige Impulse für Klimaschutz, Daseinsvorsorge und regionale Wertschöpfung.

In einer Publikationsreihe greift das Deutsche Institut für Urbanistik nach und nach anhand unterschiedlicher Themenhefte die Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis verschiedener Kommunen und Institutionen dargestellt. „Klimaschutz & erneuerbare Wärme“ ist die zwölfte Ausgabe der Reihe.



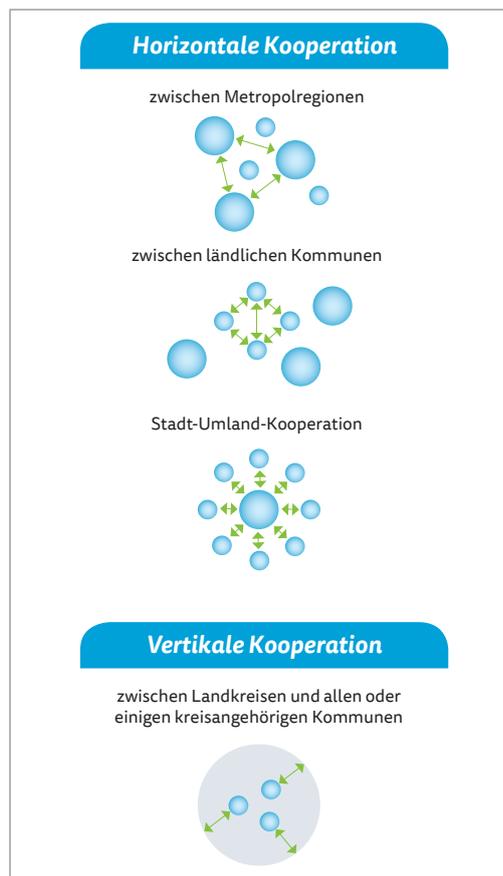
www.difu.de/11215



Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 34030826
walter@difu.de

Interkommunale Kooperation: Wann profitieren Kommunen und Klima?

Kommunen können durch Zusammenarbeit im Klimaschutz ihre knappen Ressourcen bündeln. Interkommunale Kooperation ist jedoch kein Selbstläufer und benötigt Planung, Personal und Zeit.



Quelle: Difu



Kooperation zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK)



www.klimaschutz.de/kommunen



Stefanie Schäfer, M.A.
schaefer@difu.de
+49 30 39001-262

Corinna Altenburg, M.A.
altenburg@difu.de
+49 30 39001-171

Elisabeth Frach, M.A.
frach@difu.de
+49 30 39001-171

Die Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Kommunen bzw. Gebietskörperschaften ist vielfältig und ist in Deutschland durch unterschiedliche Formen gekennzeichnet. Durch die Etablierung der Themen Klimaschutz und Energiewende auf kommunaler Ebene sind neue Handlungsfelder für die interkommunale Zusammenarbeit entstanden. Der Arbeitsbereich Umwelt des Deutschen Instituts für Urbanistik und das dort angesiedelte „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz“ untersuchen die Rahmenbedingungen von kommunalen Kooperationen im Klimaschutz und unterstützen diese durch praxisorientierte Handreichungen, Beratung und Veranstaltungen vor Ort.

Wann lohnt sich die Zusammenarbeit verschiedener Kommunen im Klimaschutz? Prinzipiell bringt Kooperation Vorteile mit sich, wenn Ziele und Aufgaben besser gemeinsam als alleine bewältigt werden können. Das ist insbesondere bei

kleineren Kommunen mit vergleichsweise geringeren finanziellen und personellen Ressourcen der Fall. Gerade im Klimaschutz lassen sich einige Maßnahmen besser im Verbund realisieren. Außerdem können Kooperationen mit benachbarten Gemeinden die Wettbewerbsfähigkeit der Region erhöhen, Wertschöpfungspotenziale heben und die „Stimme“ der Kommunen gegenüber anderen Ämtern oder dem Landkreis stärken. Dabei lässt sich grundsätzlich zwischen horizontalen und vertikalen Kooperationen unterscheiden.

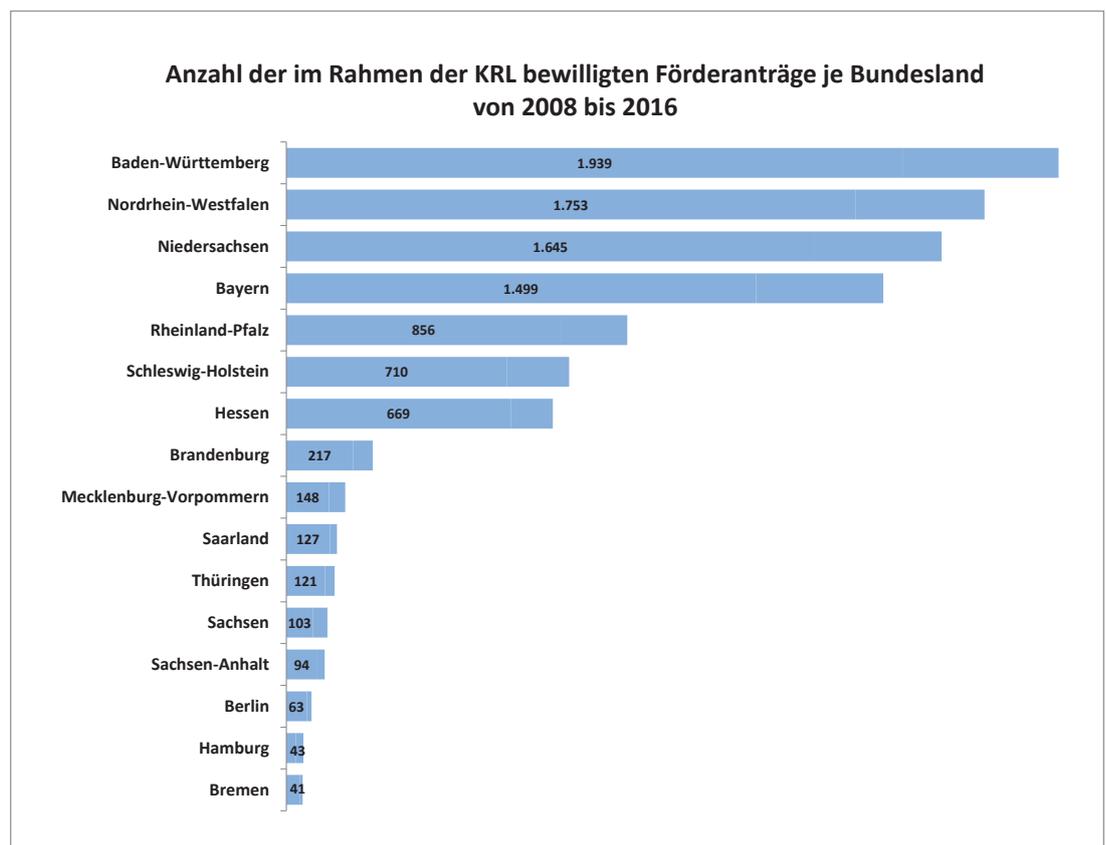
Ein Beispiel für eine horizontale Kooperation ist die Region Beeskow in Brandenburg: 2010 haben sich fünf Kommunen sowie ein Gemeindeverband unter der Koordination der Kreisstadt Beeskow zusammengeschlossen und gehen seitdem die Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen gemeinsam an. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Zusammenarbeit sind gute Vorerfahrungen sowie bestehende Kontakte und Netzwerke aus Kooperationsvorhaben im Tourismus. Neben dem konkreten Erfahrungsaustausch in den Bereichen Straßenbeleuchtung und Energiecontrolling half der gemeinsame Prozess dabei, Planungen des Radwege- und Windkraftausbaus abzustimmen und Mindestsummen für die Beantragung von Förderanträgen zu erreichen.

Den Vorteilen interkommunaler Zusammenarbeit stehen aber auch Zusatzaufgaben gegenüber. Dazu zählen beispielsweise die Beachtung vergabe- und steuerrechtlicher Vorgaben, die im Vorfeld sorgfältig geprüft werden müssen und der höhere Kommunikations- und Koordinationsaufwand, um alle Akteure an „einen Tisch“ zu bekommen und Gremienentscheidungen in den beteiligten Kommunen herbeizuführen. Gerade zu Beginn von Kooperation sollten daher genügend Mittel für die Entwicklung gemeinsamer Zielvorstellungen und Arbeitsweisen bereitgestellt werden.

Um die große Anzahl kleinerer Kommunen in Deutschland aktiv in den Klimaschutz einzubinden, sind der Ausbau und die Verbesserung interkommunaler Kooperationen ein wichtiger Schlüssel. Erfolgreich sind sie vor allem dann, wenn sie an bereits bestehende Kontakte und Netzwerke anknüpfen, mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sind und strategisch begleitet werden.

Kommunaler Klimaschutz: Breitenwirkung ist für den Erfolg wichtig

Im Rahmen der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums (BMUB) können Kommunen und andere Akteure Fördergelder für Projekte zur Treibhausgasreduzierung beantragen. Zum umfangreichen Förderprogramm berät das SK:KK beim Difu.



Anzahl der im Rahmen der KRL bewilligten Förderanträge je Bundesland von 2008 bis 2016



www.klimaschutz.de/kommunen



Beratungshotline des SK:KK:
+49 30 39001-170



M. Sc. Greta Link
+49 221 340308-25
link@difu.de

Taina Niederwipper, M.A.
+49 30 39001-172
niederwipper@difu.de

Seit 2008 unterstützt die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des BMUB mit vielfältigen Förderprogrammen die bundesweite Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Allein über die Kommunalrichtlinie (KRL) wurden bereits über 10.000 Klimaschutzprojekte in mehr als 3.500 Kommunen gefördert – dies entspricht der beeindruckenden Fördersumme von rund 480 Millionen Euro. Ein Blick auf die bewilligten Förderanträge zeigt, dass Kommunen aus allen 16 Bundesländern von einer Förderung profitieren haben. Ein Großteil der Anträge kommt aus den alten Bundesländern. Allen Bundesländern ist gemein, dass Kommunen die größte Empfängergruppe von Fördergeldern sind (Dezember 2016: knapp 91 Prozent). Aber auch Religionsgemeinschaften, Vereine und Hochschulen ergreifen inzwischen die Initiative.

Um den Klimaschutz noch stärker auf der kommunalen Ebene zu verankern, wurde die Kommunalrichtlinie 2016 um weitere Förderbausteine erweitert, z.B. für gemeinnützige Sportvereine, für

mehrheitlich kommunale Unternehmen, für Green-IT-Maßnahmen oder auch „weiße Ware“ in Kitas.

Die erweiterte Förderung wird von den Kommunen bereits in Anspruch genommen: So modernisiert das Amt Mitteldithmarschen in Schleswig-Holstein beispielsweise mit Förderung des BMUB seine IT, während in der Renata-Schule in Hildesheim eine neue Lehrküche mit effizienten Elektrogeräten entsteht.

Vom 1. Juli bis 30. September 2017 haben Kommunen und andere lokale Akteure wieder die Gelegenheit, Anträge für die Kommunalrichtlinie beim Projektträger Jülich (PtJ) einzureichen. Anträge für die Förderschwerpunkte Klimaschutzmanagement und Energiesparmodelle in Kitas, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Sportstätten sind übrigens ganzjährig möglich.

Transformation

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Unter einer Transformation wird ein grundlegender Wandel verstanden. In gesellschaftlicher Perspektive werden mit dem Begriff sprunghafte Veränderungen in der politischen, wirtschaftlichen oder technologischen Entwicklung beschrieben. Auslöser einer Transformation können neue technisch-wirtschaftliche Möglichkeiten als auch deutlich veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse sein. Jede Transformation ist ein längerfristiger, mehrere Jahrzehnte andauernder Lern- und Suchprozess, der mit vielen Unsicherheiten verbunden ist. Er kommt erst dann zum Abschluss, wenn sich neue Systemstrukturen dauerhaft etabliert und stabilisiert haben.

„Die Transformation unserer Städte ist auch eine Aufforderung für noch mehr politische Teilhabe und die weitere Stärkung urbaner Lebensqualität.“

In jüngerer Zeit ist oft von urbaner Transformation die Rede. Damit wird zum einen der globale Urbanisierungsprozess und der Sachverhalt zum Ausdruck gebracht, dass zentrale Zukunftsfragen der Menschheit sich in den Städten entscheiden. Zum anderen beschreibt die urbane Transformation die vielfältigen Veränderungen, die das Gesicht der Städte und das Leben in den Städten künftig prägen werden. Für Deutschland sind dies vor allem die Digitalisierung nahezu sämtlicher Lebensbereiche inklusive neuer Produktionsformen einer Industrie 4.0, die Energiewende in Verbindung mit der klimapolitischen Zielsetzung einer weitgehenden Klimaneutralität sowie die anhaltenden Migrationsbewegungen und demografischen Veränderungen, die die Zusammensetzung der Bevölkerung maßgeblich beeinflussen. Transformationen lassen sich nicht einfach steuern sondern nur über Aushandlungsprozesse in eine gesellschaftlich akzeptierte Richtung lenken. Politik und Verwaltung in den Kommunen sollten dabei eine koordinierende Rolle einnehmen.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Pedelecs: Praxisleitfaden unterstützt Kommunen, Wirtschaft und Private

Der neue kostenlose Praxisleitfaden zeigt Argumente, warum es insbesondere für Kommunen sinnvoll sein kann, sich des Themas „Pedelecs“ anzunehmen. Er enthält zudem konkrete Handlungsempfehlungen für Kommunalpolitik und Planungspraxis.

E-Bikes, insbesondere Pedelecs – also Räder mit elektrischer Tretunterstützung bis max. 25 km/h und 250 Watt – erfreuen sich auch in Deutschland immer größerer Beliebtheit. Mit einem Bestand von mehr als zwei Millionen Rädern sind sie deutlich stärker verbreitet als Elektroautos. Dank der Tretunterstützung lassen sich mit dem Pedelec – im Vergleich zum traditionellen Rad – längere Distanzen und anspruchsvollere Wege (z. B. Steigungen, Waldwege) zurücklegen, Reisezeiten vermindern und „Nebenwirkungen“ wie Schwitzen vermeiden.

Diese Auswirkungen, die sich durch die Nutzung von Pedelecs im großstädtischen Umfeld und als Alltagsverkehrsmittel ergeben, wurden im Forschungsprojekt „EBikePendeln“ im Rahmen des „Schaufensters Elektromobilität“ näher untersucht. Ziel des von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt initiierten Projekts war eine Analyse, unter welchen Rahmenbedingungen sich städtischer Pkw-Verkehr, und hier insbesondere motorisierte Pendelverkehre, durch Fahrten mit dem Pedelec ersetzen lassen. Die Ergebnisse sind durchaus positiv: Die Elektrofahrräder werden von den Nutzern sehr gut angenommen und bieten ein erhebliches Verlagerungspotenzial vom Auto aufs Rad. Die Testpersonen nutzten bei rund der Hälfte ihrer zuvor mit Auto zurückgelegten Arbeitswege stattdessen das Elektrorad. Dabei ist zu beobachten, dass sich der Aktionsradius eines Pedelec-Nutzenden dank der höheren Durchschnittsgeschwindigkeit von rund 18 km/h erhöht. So geht beispielsweise aus den Nutzerbefragungen hervor, dass Pedelecs selbst bei Pendeldistanzen von 15 bis 20 Kilometer noch eine attraktive Alternative zum Pkw darstellen. Die Ergebnisse belegen aber auch die Bedeutung von infrastrukturellen Rahmenbedingungen; so sind sichere Abstellanlagen und eine gute Radverkehrsinfrastruktur wichtige Aspekte bei der Nutzung dieser überdurchschnittlich teuren Fahrräder.

Genau hier setzen auch die Steuerungsmöglichkeiten von Kommunen und Unternehmen bzw. Arbeitgebern an. Für eine wirkungsvolle und erfolgreiche Verlagerung vom Pkw auf das Pedelec bedarf es der Unterstützung dieser Akteure. Mit dem Praxisleitfaden sind Kommunen und Unternehmen angesprochen: Das Pedelec wird als

geeignetes „Pendlerverkehrsmittel“ vorgestellt und es wird dargelegt, warum es insbesondere für Städte und Gemeinden sinnvoll ist, sich des Themas anzunehmen. Den Kommunen wird damit eine Argumentationshilfe gegeben. Gründe, sich mit dem Pedelec auseinanderzusetzen, liegen insbesondere in den Möglichkeiten, eine zukunftsfähige Stadt- und Verkehrsentwicklung voranzutreiben und das Pedelec als Sprungbrett in eine „neue Mobilität“ zu nutzen. Gleichzeitig gibt es hohe Synergien mit dem traditionellen Radverkehr. Neben den Vorteilen – platzsparend, ressourcen- und umweltschonend – bieten Pedelecs den Vorzug verlängerter Distanzen und des hohen Fahrkomforts. Und last, but not least bieten sie Verlagerungs- und somit Entlastungspotenziale im (Pendel-)Verkehr durch eine umweltfreundliche Verkehrsmittelnutzung.

Aber auch Unternehmen und Institutionen sind angesprochen, ihren Beschäftigten neue Verkehrsmittelooptionen anzubieten und sich im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements oder des eigenen Fuhrparkmanagements mit innovativen Angeboten auseinanderzusetzen. Beispielsweise können sich dann Unternehmen hohe Investitionen in Mitarbeiterparkplätze für private Pkw sparen, die Mitarbeiter wiederum können in erheblichem Umfang Mobilitätskosten senken.

Wichtig ist jedoch, dass Pedelecs auch von Privathaushalten genutzt werden. Sie werden in der Alltagstauglichkeit gut bewertet. Verbesserungen wünschen sich Nutzer vorrangig bei sicheren und barrierefreien Abstellanlagen. Hier ist Einsatz von Kommunen und Unternehmen gefragt.



Foto: Falk Weiß



www.difu.de/11059



Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

integriert

Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“

Integration

Ausschreibungs- und Bewerbungsunterlagen ab 12. Juni 2017:



www.kommunalwettbewerb-zusammenleben.de



Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de



Deutschland hat seit 2015 viele Zuwanderer bei sich aufgenommen. Kommunen sind die Orte der Aufnahme und der Integration und erste Ansprechpartner für alle praktischen Fragen der Integration und Unterstützung dieses Prozesses durch die Bevölkerung. Maßnahmen zur Förderung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und Integration müssen lokal wirken, dort wo das Zusammenleben von Menschen stattfindet. Ziel eines vom Bundesministerium des Innern (BMI) 2017/2018 ausgelobten Ideenwettbewerbs ist es, Kommunen als lokale Managementebene des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration zu stärken. Das Deutsche Institut für Urbanistik unterstützt das BMI bei Konzeption, Organisation und Durchführung des Wettbewerbs.

Der Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ soll Kommunen Anreize bieten, Konzepte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration in der Kommune zu entwickeln. Der Ideenwettbewerb richtet sich unmittelbar an Städte, Gemeinden, Landkreise. Prämiert werden kann aber auch der kommunale Zusammenarbeit mit anderen, z.B. zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Stiftungen. Das Ministerium will so lokale Unterstützung leisten – im Verständnis, dass die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft ist. Insgesamt stellt das BMI für die prämierten Wettbewerbsbeiträge ein Preisgeld in Höhe von einer Million Euro zur Verfügung. Die Prämierung der Preisträger wird auf einer Abschlussveranstaltung im Juni 2018 in Berlin stattfinden.

Ressourceneffizienz



Auftraggeber ist das Umweltbundesamt, Kooperation mit dem Öko-Institut



www.difu.de/11052



Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

ressourceneffizient

Difu konzipiert neue Servicestelle, um Kommunen bei Ressourceneffizienz zu unterstützen.



Mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, die Rohstoffproduktivität in Deutschland bis 2020 im Vergleich zu 1994 zu verdoppeln. Deshalb hat der Bund 2012 das „Deutsche Ressourceneffizienzprogramm“ (ProgRes) beschlossen. Regelmäßig fortgeschrieben beinhaltet es Leitideen und Handlungsansätze, mit denen die Entnahme und Nutzung natürlicher Ressourcen nachhaltiger gestaltet werden soll.

Im neuen Difu-Projekt „Ressourcenpolitik auf kommunaler und regionaler Ebene“ (KommRes) werden Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium bei der Weiterentwicklung von ProgRes bis 2020 unterstützt und aktiv beraten. Kommunen sollen als wichtige Impulsgeber für die programmatische Entwicklung und Praxistauglichkeit bei der Fortschreibung von ProgRes verstärkt beteiligt werden.

Um die Ressourceneffizienz vor Ort insgesamt zu verbessern, sind übergreifende und konkrete Informations- und Vernetzungsangebote sowie Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten gefragt. Dies soll langfristig durch die Etablierung einer Servicestelle für kommunale Ressourceneffizienz geleistet werden. Zur Konzeption eines solchen Angebots wird ein intensiver Dialog zwischen Kommunen und weiteren Akteuren wie dem Bund gestartet. Zum Auftakt findet ein Workshop in der zweiten Septemberhälfte 2017 in

Berlin statt. Kommunen, die sich am Dialog beteiligen möchten, sind zur Teilnahme herzlich eingeladen und können bei Interesse Kontakt zum Difu aufnehmen.

Veranstaltungsvorschau

13. Juni 2017 in Apolda

Förderwissen für den Klimaschutz:
Informationsveranstaltung zur Nationalen
Klimaschutzinitiative
➔ www.bit.ly/2pjDzLG

19.–20. Juni 2017 in Wolfsburg

Fachkräftemangel in der Kommunalverwaltung
➔ www.difu.de/10887

21. Juni in Köln, 26. Juni 2017 in Berlin

Update Städtebaurecht. Novellierung von
BauGB und BauNVO 2017 – Anwendungs-
hinweise für die Praxis
➔ www.difu.de/10891

22. Juni 2017 in Frankfurt am Main

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen
für den Fußverkehr
Seminarreihe in Kooperation mit dem
Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR)
➔ www.difu.de/11181

27. Juni 2017, online

Radverkehrsförderung in Brasilien und Europa
➔ www.bit.ly/2q5wHP3

3.–4. Juli 2017 in Berlin

Gestaltungsbeiräte – Einrichtung, Aufgaben,
Organisation
➔ www.difu.de/10893

11. Juli 2017 in Ulm

Förderwissen für den Klimaschutz:
Informationsveranstaltung zur Nationalen
Klimaschutzinitiative
➔ www.bit.ly/2pjDzLG

12. Juli 2017 in Ulm

SK:KK-Fachaustausch: Mobilität neu denken –
Impulse für eine lokale Verkehrswende
➔ www.bit.ly/2pjDzLG

6. September 2017 in Hamburg

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen für
den Fußverkehr
Seminarreihe in Kooperation mit dem
Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR)
➔ www.difu.de/11225

7. September 2017 in Potsdam

Kommunale Energiewende – Widerstände
durch Kooperation überwinden
➔ www.difu.de/11206

12. September 2017 in Dessau

Förderwissen für den Klimaschutz:
Informationsveranstaltung zur Nationalen
Klimaschutzinitiative
➔ www.bit.ly/2pjDzLG

11.–12. September 2017 in Berlin

Wirtschaftsförderung 4.0 –
Herausforderungen, Strategien, Trends
➔ www.difu.de/10899

12.–13. September 2017 in Bremen

SK:KK-Fachaustausch: Klimaschutz im Alltag –
Lokale Initiativen als Partner im Klimaschutz
vor Ort
➔ www.bit.ly/2pjDzLG

14. September 2017 in Augsburg

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen für
den Fußverkehr
Seminarreihe in Kooperation mit dem
Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR)
➔ www.difu.de/11227

14.–15. September 2017 in Berlin

Droht eine neue Wohnungsnot? Perspektiven
der sozialen Wohnraumversorgung in
Kommunen
➔ www.difu.de/10897

25.–26. September 2017 in Berlin

Dichte und Qualität – Nachverdichtung und
ihre Grenzen in wachsenden Städten
➔ www.difu.de/10895

27. September 2017 in Frankfurt am Main

Erneuerbare Wärme – Kommunale Vorbilder
zum Nachahmen
➔ www.difu.de/11076

27.–28. September 2017 in Heidelberg

Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur:
Verbindliche Spielregeln für Bürgerbeteiligung –
Konsequenzen für das Verwaltungshandeln
➔ www.difu.de/10901

28. September 2017 in Frankfurt am Main

Effiziente, erneuerbare und solare Wärmenetze –
Eine schlüssige Lösung für die Wärmewende in
Städten und Gemeinden
➔ www.difu.de/11218

28.–29. September 2017 in Berlin

Handlungsoptionen für den ÖPNV in Räumen
schwacher Nachfrage
➔ www.difu.de/10903

9.–10. Oktober 2017 in Berlin

Neue Herausforderungen für die Schul-
entwicklungsplanung
➔ www.difu.de/10915

16.–17. Oktober 2017 in Berlin

Datengrab oder strategisches Steuerungs-
instrument? Möglichkeiten und Grenzen von
indikatorenbasiertem Sozialmonitoring
➔ www.difu.de/10917

19.–20. Oktober 2017 in Berlin

Hochschulen und „ihre“ Stadt: Mit- oder
nebeneinander?
➔ www.difu.de/10921

13.–14. November 2017 in Berlin

Mittendrin und doch nicht dabei? Die soziale
Dimension von Mobilität
➔ www.difu.de/10923

16.–17. November 2017 in Berlin

26. Forum deutscher Wirtschaftsförderer
➔ www.difu.de/10931

20.–21. November 2017 in Berlin

Erfolgsbedingungen und Voraussetzungen
gelingender kultureller Integration
➔ www.difu.de/10925

23.–24. November 2017 in Köln

Erfahrungsaustausch Wohnungsmarkt-
beobachtung
➔ www.difu.de/11220

7.–8. Dezember 2017 in Berlin

Nachhaltige Stadtentwicklung – zwischen
Bereicherung und Konfliktpotenzial
➔ www.difu.de/10927

22./23. Januar 2018 in Berlin

10. Kommunale Klimaschutzkonferenz
➔ www.difu.de/11233

Details, Einzelprogramme und Online-
Anmeldung stets aktuell im Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Fortbildungssekretariat:

+49 30 39001-258/-243/-148
fortbildung@difu.de

Vielfalt müssen wir leben: Innenstädte sind wichtige Begegnungsorte

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ fand in Weißenfels ein Erfahrungsaustausch mit den weiteren Projektkommunen statt: Germersheim, Goslar, Ilmenau, Michelstadt, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt und Zittau.



Foto: Wolf-Christian Strauß



Zweites Netzwerktreffen im Rahmen des Forschungsprojekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“, Vortrag von Bettina Reimann, Difu.

Im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ fand Anfang Dezember 2016 ein Netzwerktreffen in Weißenfels in Sachsen-Anhalt statt. Im Mittelpunkt des Erfahrungsaustauschs mit den acht weiteren Projektkommunen Germersheim, Goslar, Ilmenau, Michelstadt, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt und Zittau stand ein lebhafter Austausch über Fragen, die diese Kommunen im Zusammenhang mit ihrer Entwicklung und der Ausgestaltung ihrer Zukunftsperspektiven beschäftigen: Welche Rolle nehmen die Stadtzentren in den Klein- und Mittelstädten ein? Welche Relevanz hat das Wohnen in den Stadtzentren? Wie sind Handel und Gewerbe aufgestellt und welche Entwicklungstendenzen sind erkennbar? Werden die Themen Zuwanderung und Integration in den Szenarios mitgedacht? Welche Akteure sind die Treiber der Entwicklungen? Wie und in welchem Umfang werden die Bürger beteiligt?

„Vielfalt müssen wir leben“ hob der Weißenfelser Oberbürgermeister Robby Risch in seiner Begrüßungsrede hervor. Integration sei nicht nur eine Aufgabe der Verwaltung, sondern der ganzen Stadtgesellschaft. Für Weißenfels wie auch für

einige andere Kommunen, die in den letzten Jahrzehnten Einwohnerverluste zu verzeichnen hatten, erhalten Zuwanderung und Integration, auch von Geflüchteten, einen besonderen Stellenwert. Oberbürgermeister Risch hob hervor, dass die Stadt sich bemühe, Zuwanderer aus Osteuropa und anerkannte Flüchtlinge langfristig an die Stadt zu binden. Auch deshalb plädierte er dafür, den Familiennachzug bei Flüchtlingen zu ermöglichen.

In den Diskussionen rund um das Thema Innenstadt wurde betont, dass es neben guten Projekten zur Förderung von Integration und Teilhabe vor allem einer stärker strategischen Ausrichtung der Kommunen bedürfe. Dadurch könnten Visionen für die Belebung der Innenstädte gefördert werden, die die kommunalen Handlungsfelder Integration, Wohnen und Stadtentwicklung verknüpfen. Im Zentrum müsse der Dialog mit der Stadtgesellschaft stehen sowie die Einbindung und Aktivierung von Handel, Gewerbe und Privateigentümern. Wichtig war den Teilnehmenden, dass Integration mit Blick auf eine vielfältige Stadtgesellschaft zu gestalten sei und daher alle Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen habe.



www.vielfalt-in-stadt-und-land.de



Dr. rer. soc.
Bettina Reimann
reimann@difu.de
+49 30 39001-191

Dipl.-Soz.
Gudrun Kirchhoff
kirchhoff@difu.de
+49 30 39001-192

Inklusion in Schulen – vom Konzept zur Investition in der Kommune

Die Organisation eines stadtübergreifenden Inklusions-Diskurses kann helfen, einer Inflation kostenträchtiger Einzelmaßnahmen und -interessen vorzubeugen, so lautete ein Resümee des Difu-Seminars zur Inklusion in Schulen.

Für die Umsetzung der völkerrechtlich bindenden UN-Behindertenrechtskonvention, mit der ein inklusives Bildungssystem geschaffen werden soll, sind in der Bundesrepublik vor allem die Kommunen verantwortlich. Dies schließt die Finanzierung geeigneter Maßnahmen ein. Dabei geht es nicht nur um bauliche Investitionen zur Schaffung von Barrierefreiheit in Schulen und Kitas. Vielmehr müssen finanzielle Ressourcen auch für die Beförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, die Beratung von Familienangehörigen, die Einrichtung überörtlicher Beratungszentren für die Schulen sowie zusätzliches Personal aufgebracht werden, um z. B. „multiprofessionelle Teams“ in den Schulen aufzubauen.

Um der Gestaltungsautonomie der Kommunen und vor allem den spezifischen Gegebenheiten vor Ort Rechnung zu tragen, kann es kein bundesweit einheitliches Modell zur Umsetzung von Inklusion geben. Kommunen müssen deshalb ein individuelles Leitbild zum konzeptionellen Verständnis und Anspruch ihrer inklusiven Stadtgesellschaft formulieren. Dieser Prozess muss durch Anpassungen in der Organisation – sowohl der federführenden Stadtverwaltungsdezernate als auch der schulischen Binnenstrukturen – flankiert werden. In einem Diskussionsprozess mit allen involvierten Stakeholdern lassen sich dann konkrete Umsetzungsfragen erörtern und Spannungen aufgrund verschiedener Interessen der unterschiedlichen Akteure frühzeitig abbauen. Durch gemeinsam priorisierte Maßnahmen kann nicht nur einer Inflation von Einzelbedarfen vorgebaut werden. Vielmehr verlieren so auch die Schätzungen zu den gesamtstaatlichen Umsetzungskosten der Inklusion ihre lähmende Wirkung für die konkrete Implementierung vor Ort, da sich vor allem in der gegenwärtigen Transitionsphase pragmatische und auf die Verhältnisse vor Ort zugeschnittene Lösungen finden lassen.

Die Implementierung der Inklusion stellt eine klassische Mehrebenenproblematik dar, die immer wieder die Gefahr einer Über- bzw. Untersteuerung birgt. Gerade in fiskalischer Hinsicht fehlt es in verschiedenen Bundesländern nach wie vor an gesetzlichen Regelungen zur Kostenteilung gemäß Konnexitätsprinzip. So lange hier jedoch verbindliche Zusagen der Länder (und des

Bundes) fehlen, besteht die Gefahr einer Verzögerung des gesamten Prozesses zulasten von Eltern und Kindern. Im Difu-Seminar wurden deshalb u. a. folgende Lösungsansätze diskutiert:

- die Benennung eines stadtweit zentralen Ansprechpartners,
- eine aktive und regelmäßige Koordination der zuständigen Fachverwaltungen,
- eine interkommunale Kooperation zur Hebung möglicher Synergien – gerade mit Blick auf den Erhalt von Förderschulen und die Schaffung spezifischer Schwerpunktschulen,
- eine verbesserte Erhebung und Transparenz von Datenbeständen – insbesondere zu möglichen Kostenansätzen, um so auch künftige Ausgabenentwicklungen prognostizieren zu können,
- eine aktive Einbindung der Sozialhilfeträger und Krankenkassen,
- ein Rückgriff auf Pool-Lösungen bei der Betreuung von Kindern und Schülern mit Behinderung.

Welche Modelle für einzelne Städte und Gemeinden praktikabel sind, hängt von den Gegebenheiten und Personen vor Ort ab. Eines ist aber klar: Inklusion ist Chefsache und bedarf einer aktiven Steuerung in der kommunalen Verwaltung und Zivilgesellschaft. Inklusion ist dabei auch mehr als Integration – ein durchaus bewusst gepflegtes Missverständnis in verschiedenen Bundesländern. Auf jeden Fall ist die Frage zu beantworten, wie Inklusion und Integration zusammengedacht werden können/sollten, ohne dabei die individuellen Bedürfnisse einzelner gesellschaftlicher Gruppen zu vernachlässigen.



www.difu.de/10978



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de



Prof. Dr.-Ing. Dirk Vallée †

Den plötzlichen Tod von Professor Dr.-Ing. Dirk Vallée am 3. Mai 2017 haben wir im Difu mit Bestürzung wahrgenommen. Als langjähriges engagiertes Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirats sowie durch sein Mitwirken bei vielen Difu-Fortbildungen und -Publikationen trug Dirk Vallée entscheidend zur inhaltlichen Ausrichtung von Forschung und Fortbildung des Instituts bei. Seit 2008 war Dirk Vallée Lehrstuhlinhaber und Institutsdirektor am Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen. Sein wissenschaftliches Interesse galt den Wechselwirkungen zwischen Siedlung und Verkehr sowie den dazugehörigen Planungs- und Gestaltungsprozessen, was sich nicht zuletzt in der großen Zahl von ihm veröffentlichter Publikationen zeigt. Seine positive Art, seine Tatkraft und seine wissenschaftliche Expertise werden im Wissenschaftlichen Beirat, vor allem aber uns persönlich sehr fehlen.

Eric Bauermeister

arbeitet seit April 2017 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Web- und Datenbankentwicklung am Difu-Standort Berlin. Die Schwerpunkte seiner Arbeit liegen bei der Konzeption und Umsetzung von Webanwendungen sowie der technischen Umsetzung und Integration von Repositorien. Er absolvierte den Masterstudiengang Informationswissenschaften an der Fachhochschule Potsdam im September 2016 und sammelte bereits während seines Studiums am Difu Erfahrungen im Bereich Webentwicklung. Im Zuge seiner Masterarbeit setzte er sich mit der Integration von Repositoriensoftware am Difu auseinander. In seiner neuen Funktion bleibt er diesen Themen treu und wird für die Konzeption und technische Realisierung der vielfältigen vom Difu betriebenen Projekt-Webportale zuständig sein.

Hanna Blieffert

Hanna Blieffert arbeitet seit 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu. Sie beschäftigte sich mit Fragen der urbanen Sicherheit, sozialräumlichen Prozessen sowie dem Thema Migration und Integration. Schwerpunktmäßig war sie im Forschungsprojekt transit – „Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen“ tätig. Außerdem betreute sie inhaltlich den Online-Wegweiser „Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen“. Im Februar 2017 ist sie von der Wissenschaft in die Praxis gewechselt und arbeitet seitdem als Quartiersmanagerin in Berlin-Kreuzberg.

Elisabeth Frach

ist seit Oktober 2016 Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Umwelt, wo sie zunächst ein internes Projekt zum Thema „Klimaschutz in kleinen Kommunen“ umsetzte. Seit Anfang 2017 unterstützt sie das am Difu angesiedelte „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“. Sie studierte Humangeographie (M.A.) und Kulturwissenschaften (B.A.) in Berlin, Frankfurt (Oder) und Lyon. Vor ihrer Tätigkeit am Difu arbeitete sie für ein unabhängiges Forschungs- und Beratungsbüro zu Projekten an der Schnittstelle von Kreativökonomie, Stadtentwicklung und Politikgestaltung.

Dr. Tatiana Maruda

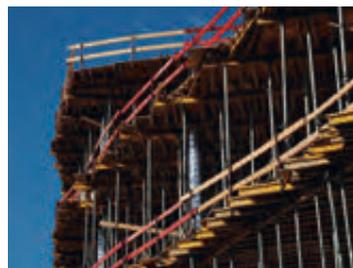
verließ das Difu Ende April. Sie war von Mai 2015 bis April 2017 vor allem im Projekt „Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln“ sehr engagiert. Im Rahmen dieses Projekts hat sie eine umfangreiche Datenbank aufgebaut, mit der sich die Nachhol-, Ersatz- und Erweiterungsbedarfe in unterschiedlichen Infrastrukturbereichen der Rheinmetropole bis 2040 berechnen lassen. Daneben unterstützte Tatiana Maruda die Arbeiten im Projekt „Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung“.

Dr.-Ing. Darla Nickel

verließ zum Ende 2016 das Difu. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Infrastruktur und Finanzen wirkte sie seit 2013 insbesondere im wissenschaftlichen Koordinierungsvorhaben „INISnet“ im Rahmen der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (INIS)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit. Darüber hinaus leitete sie innerhalb des INIS-Verbundvorhabens „KURAS – Konzepte für urbane Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme“ das Teilprojekt „Umsetzungsstrategie für Berlin und weitere urbane Räume“. Darla Nickel arbeitet künftig bei den Berliner Wasserbetrieben an der strategischen Verbreitung von Maßnahmen der Regenwasserbewirtschaftung zur Entlastung der Gewässer und Verbesserung des Stadtklimas in Berlin.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Prof. Dr.-Ing. Dirk Vallée, Eric Bauermeister, Hanna Blieffert, Elisabeth Frach, Tatiana Maruda, Darla Nickel
(Fotos der Difu-Mitarbeiter: David Ausserhofer).



Difu zu Gast beim ifri in Paris

Am 24. Januar hielt Dr. Henrik Scheller am institut français des relations internationales (ifri), Paris, den Vortrag „Investitionsstau und Investitionspolitik in Deutschland unter Berücksichtigung der besonderen Rolle der Kommunen“, der von Patrick Allard aus dem Beraterstab des französischen Außenministeriums kommentiert wurde. Die rund 50 Zuhörer aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zeigten sich sehr interessiert an den Ausführungen, da in Frankreich mit Blick auf wirtschaftliche Fragen häufig auf das Vorgehen in der Bundesrepublik verwiesen wird.

➔ www.bit.ly/2j2YLBp

Vortrag zum Thema Klimaschutz in Belgrad

Am 26. Januar hat Corinna Altenburg in Belgrad beim Workshop „Urban Laboratory – Climate Protection in Urban Development“, der von der GIZ in Zusammenarbeit mit dem serbischen Bauministerium und dem Deutschen Städtetag organisiert wurde, einen Vortrag zum Klimaschutz in deutschen Kommunen gehalten.

➔ www.bit.ly/2rv1WDx

Vortrag zum Thema Online-Handel in Wien

Am 26.1. hielt Dr. Beate Hollbach-Grömig den Hauptvortrag „Online-Handel – Entwicklungen, Auswirkungen, Strategien“ bei einer gemeinsamen Tagung von Österreichischem Städtebund, der Stadt Wien sowie der Wirtschafts- und Arbeiterkammer Wien. Über die Inhalte des Vortrags berichtete auch die Österreichische Tageszeitung „Der Standard“

➔ www.bit.ly/2rfnYJO

Jury aktiv für StadtUmland.NRW & Staatspreis für Baukultur Sachsen

Prof. Martin zur Nedden nahm am 10.5. in seiner Funktion als Mitglied an der Jurysitzung im Rahmen des Wettbewerbs StadtUmland.NRW in der Landeshauptstadt Düsseldorf teil und am 12.5. in Dresden ebenso als Jurymitglied an der Auswahl zur Vergabe des „Staatspreises für Baukultur“ des Freistaates Sachsen.

➔ www.bit.ly/2quNgpM

➔ www.bit.ly/2qAbxZV

Am 17.5. hielt Martin zur Nedden den Vortrag „Digitalisierung als Element der integrierten Stadtentwicklung“ im Rahmen der Bielefelder Stadtentwicklungstage, die in diesem Jahr dem Themenschwerpunkt „Stadt 4.0 – Smarte Städte durch Digitalisierung?“ gewidmet waren.

➔ www.bit.ly/2qv710t

Berufung in die Jury des KfW-Awards „Bauen und Wohnen“

Christa Böhme wurde erneut in die Jury zum KfW-Award „Bauen und Wohnen“ berufen, der für den Wettbewerb 2017 unter dem Motto „Ausbauen, Anbauen, Umbauen – effizient Wohnraum schaffen und modernisieren“ ausgelobt wurde.

➔ www.bit.ly/2qwiRrt

Wissenschaftlicher Beirat des Difu tagte im Mai

Am 3. Mai fand die erste Sitzung der neuen Berufungsperiode des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Instituts für Urbanistik statt. Das Gremium begrüßte als neue Mitglieder in der Runde Prof. Dr. Karen Schönwälder (Max-Planck-Institut zur Erforschung multiethnischer und multiethnischer Gesellschaften, Prof. [apl.] an der Georg-August-Universität Göttingen), den Oberbürgermeister der Stadt Essen, Thomas Kufen sowie den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Stefan Schostok. In dem Gremium wurde unter anderem angeregt über das kommunalrelevante Thema Bodenpolitik diskutiert. Alle Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats und weitere Informationen zu dem Gremium:

➔ www.difu.de/14

[]

hinten (v.l.n.r.): Dr. Busso Grabow (Difu), Thomas Preuß (Difu), Thomas Dienberg (Stadt Göttingen), Hilmar von Lojewski (Deutscher Städtetag), Stefan Schostok (Stadt Hannover), Prof. em. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Thorsten Tonndorf (Senatverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin), Prof. Martin zur Nedden (Difu)
vorne (v.l.n.r.): Prof. Elke Pahl-Weber (Technische Universität Berlin), Anna Hogrewe-Fuchs (Difu), Prof. Dr. Karen Schönwälder (Max-Planck-Institut/Uni Hannover), Thomas Kufen (Stadt Essen).



Foto: Mairisol Ceamano



Veröffentlichungen zum Download

Berichte 2/2017

➔ www.bit.ly/2qY5Lki

KfW-Kommunalpanel 2017

➔ www.difu.de/11241

Online-Handel: Auswirkungen auf Innenstadt, Stadtteil- und Ortszentren

➔ www.difu.de/11255

Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte

➔ www.difu.de/11059

Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft

➔ www.difu.de/11200

Zukunft der Industrie – Chancen und Herausforderungen für Wiesbaden

➔ www.difu.de/10558

Handreichungen des Forschungsverbundes netWORKS

- Stadtentwicklung und neuartige Wasserinfrastruktur
 - Wasserwirtschaftliche Unternehmen und neuartige Wasserinfrastruktur
 - Potenziale neuartiger Wasserinfrastrukturen in ländlichen Regionen
- ➔ www.bit.ly/2p5MFHC

Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt (Broschüren)

➔ www.bit.ly/2qnmOzp

Klimaschutz & erneuerbare Wärme Beispiele, Aktivitäten und Potenziale für die kommunale Wärmewende

➔ www.difu.de/11215

Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen: Mehr Sicherheit und Wohnqualität bei Neubau und Sanierung

➔ www.difu.de/11177

Push & Pull: Parking management and incentives as successful strategies for energy-efficient urban transport

➔ www.difu.de/11106

Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016/2017

➔ www.difu.de/11084

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2/2016

➔ www.difu.de/11005

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen 2016

➔ www.difu.de/10985

Veranstaltungsdokumentationen

Digitalisierung und Smart City – Wie IKT kommunale Dienstleistungen verändert

➔ www.difu.de/10863

Integration von Geflüchteten in Kommune und Quartier

➔ www.difu.de/10861

Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen

➔ www.difu.de/11213

Bausteine und Stolpersteine kommunaler Bodenpolitik – Strategien, Instrumente, Akteure

➔ www.difu.de/10859

Kommunale Handlungsoptionen zur Verbesserung der Bildungschancen von Geflüchteten

➔ www.difu.de/11193

Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung I: Zusammenarbeit mit externen Planungsebenen

➔ www.difu.de/10816

Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommunen in der Bildungspolitik

➔ www.difu.de/10169

Optimierung der Ressourceneffizienz an Gewerbestandorten: Kommunale Strategien und Maßnahmen

➔ www.difu.de/11167

Klimaangepasst bauen und sanieren: Kommunen informieren ihre Bürgerschaft

➔ www.difu.de/10812

Cluster in der kommunalen Wirtschaftsförderung – Ernüchterung nach der Euphorie?

➔ www.difu.de/11094

Vorträge

Das 3x3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten: Status-quo und Perspektiven, Stephanie Bock, 25. Januar 2017

➔ www.difu.de/11134

Vorträge im Rahmen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ vom 16. März 2017:

- Klimaschutz: Lohnt das Engagement oder verursacht es nur Mehrkosten? Corinna Altenburg und Christine Krüger
- Klimaschutz in Steglitz-Zehlendorf: Erfolg – Erfahrungen – Herausforderungen, Dagmar Birkelbach
- Klimaschutz: Lohnt das Engagement oder verursacht es nur Mehrarbeit und Kosten?, Wiebke Werner

➔ www.difu.de/11184



rbb online, 21.4.2017

So können Berlins Unternehmen fahrradfreundlicher werden

Berlin will Fahrrad-Hauptstadt werden, damit das gelingt, müssen auch Unternehmen mitziehen. Die Investitionsbank Berlin geht mit gutem Beispiel voran – als erster zertifizierter „fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ der Hauptstadt.

➔ www.bit.ly/2qyR4UQ

mdr.de, 5.4.2017

Wie sinnvoll sind Radschnellwege?

Für den Weg zur Arbeit sollen Pendler vor allem in die Städte künftig vom Auto aufs Rad umsteigen. Deshalb fördert der Bund den Ausbau sogenannter Radschnellwege mit 25 Mill. Euro. Diese Fahrrad-Autobahnen sollen dafür sorgen, dass es rollt – ganz ohne Ampeln, Kreuzungen und vor allem ohne Autos und Fußgänger.

➔ www.bit.ly/2qyDlC

Badische Zeitung, 1.4.2017

Sind Ökostandards zu hoch?

Wie kann Freiburg zu mehr günstigem Wohnraum kommen? Das renommierte Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin hat jetzt in einer Studie eine Debatte darüber nahegelegt, ob die in Freiburg geltenden hohen Ökostandards reduziert oder flexibler gehandhabt werden müssten.

➔ www.bit.ly/2q3gMPT

Bauwelt, 24.3.2017 (Nr. 6/2017)

Städtebauliche Kriminalprävention

Das Gefühl von Sicherheit bestimmt die Lebensqualität von Menschen – sei es im Wohnumfeld, an Bahnhöfen, in Fußgängerzonen oder an anderen öffentlichen Orten. Die Diskussion um Sicherheit ist ein Thema, das im Wechselspiel zwischen Politik, medialer Aufbereitung und dem persönlichen Erleben stattfindet.

➔ www.bit.ly/2pEUSDZ

Süddeutsche Zeitung, 10.3.2017

Bauland für Schilda

Ein neues Gesetz ermöglicht es Gemeinden, ohne große Auflagen Grundstücke am Ortsrand auszuweisen. Experten warnen vor „fatalen Fehlentwicklungen“: Massenhaft könnten Äcker und Weiden zu Baugrund werden

➔ www.sz.de/1.3411799

Causa Debattenmagazin des Tagesspiegel 20.2.2017

Stadt und Land dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden

Städte und Dörfer stehen vor verschiedenen, aber gleich großen Herausforderungen. Weder Bund noch Länder oder Gemeinden können den demographischen Wandel alleine steuern. Kooperation ist nötiger denn je.

➔ www.bit.ly/2qs7C3y

Der Handelsimmobilien Report, 17.2.2017

Studie Auswirkungen der Digitalisierung auf die Städte

Der Online-Handel wächst und die Frequenz in vielen deutschen Cities sinkt. Dass dies nicht ohne Folgen für Städte, Stadtteile und Ortszentren bleiben wird, liegt auf der Hand.

➔ www.bit.ly/2pYvbBt

ZEIT ONLINE, 11.2.2017

„Preiserhöhungen werden zunehmend kritisch gesehen“

Politikern ist der große Nutzen eines guten, erschwingerlichen Nahverkehrs oft nicht bewusst, sagt der Experte Jürgen Gies. Steigen die Bürger bei teuren Tickets ins Auto?

➔ www.bit.ly/2khuxHM

ARD Morgenmagazin, 7.2.2017

Wohnungsnot und die Folgen

In den meisten Städten sind Wohnungen knapp und teuer. Viele können sich die saftigen Mieten nicht mehr leisten und ziehen ins Umland. Stadtforscherin Ricarda Pätzold beschreibt den Zusammenhang von Wohnen und Arbeit.

➔ www.bit.ly/2pwTEFH

Frankfurter Rundschau, 7.2.2017

Mehr ausgeben, mehr wachsen

Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge sind mehr Investitionen nicht nur geboten, auch Wachstum und Beschäftigung würden gestärkt.

➔ www.bit.ly/2oXtPGF

fairkehr, 1/2017

Die Rückeroberung der Stadt

Lange haben Stadtplaner die Menschen vergessen und sich auf Straßen und Gebäude konzentriert. Doch immer mehr Bürger weltweit wollen öffentlichen Raum für sich zurück gewinnen.

➔ www.bit.ly/2pY6zBY

DER TAGESSPIEGEL, 27.4.2017

Der DOSB fordert die Bundesregierung: Wer rettet Deutschlands marode Sportanlagen?

Die Sanierung von Hallen und Plätzen sind die wichtigsten Themen des deutschen Sports. Doch den Kommunen fehlt das Geld. Dann muss eben der Bund einspringen, fordert der DOSB.

➔ www.bit.ly/2rfdMRj

Focus online, 26.4.2017

Fahrradakademie im Rathaus Abtei zu Gast

Rund 30 Verkehrsingenieure und Polizeibeamte aus verschiedenen Behörden des Bundesgebietes sind am Mittwoch und Donnerstag (26. und 27. April) zu Gast im Rathaus Abtei zu einer Fortbildungsveranstaltung. Die Fahrradakademie des Deutschen Instituts für Urbanistik hat zu einem Seminar zum Radverkehr an Knotenpunkten eingeladen.

➔ www.bit.ly/2qZ0FNs

Schwäbisches Tagblatt, 16.4.2017

Stuttgart gentrifiziert sich: Kreative und Gutverdiener verdrängen die Armen aus der Innenstadt

Erst kommen die Studenten und Kreativen, dann die Gutverdiener, schließlich die Investoren – den Musterverlauf dessen, was Soziologen sperrig „Gentrifizierung“ taufen, kann man in Stuttgart vielerorts mit Händen greifen. „Verdrängungsprozesse finden in Stuttgart statt“, heißt es in einer im März vorgestellten Studie, die das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der Stadt angefertigt hat.

➔ www.bit.ly/2qyzHUg

Hessische Wirtschaft, April-Mai 2017

Industrie – Stütze statt Störfaktor

Kommunikation und Kooperation verbessern, Flächen sichern und Verkehrsströme optimieren – das sind zentrale Handlungsempfehlungen aus der im März veröffentlichten Studie „Industriestandort Wiesbaden stärken“. Diese hat das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der Stadt Wiesbaden mit dem Ziel erstellt, eine Strategie zur Stärkung des Industriestandortes zu formulieren.

➔ www.bit.ly/2qs6DAo



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
difu@difu.de
www.difu.de

